Nr. 48. — Mittwoch, 26. Februar — 1896

Danziger Courier.

Kleine Danziger Zeitung für Stadt und Land.

Organ für Jedermann aus dem Volke.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Montage und Feiertage.
Abonnementspreis
für Danzig monatl. 30 Pf. (täglich frei ins Haus), in den Abholestellen und der Expedition abgeholt 20 Pf.
Vierteljährlich 90 Pf. frei ins Haus, 60 Pf. bei Abholung.
Durch alle Postanstalten 1,00 Mk. pro Quartal, Briefträgerbestellgeld 1 Mk. 40 Pf.
Sprechstunden der Redaktion 11—12 Uhr Vorm.
Ketterhagergasse Nr. 4.
XV. Jahrgang.

Das Arbeitspensum des Landtages.

Im Herrenhause ist die Anerbenrechtsvorlage nach längerer commissarischer Vorberathung für die Beschlußfassung im Plenum reif. Sie dürfte gegen Ende des Monats an das Abgeordnetenhaus gelangen. Dort rückt die commissarische Berathung des Lehrerbesoldungsgesetzes bei der Schwierigkeit der Materie langsam vorwärts, so daß wohl erst nach Ostern auf die zweite Lesung im Plenum zu rechnen sein wird. Die Eisenbahnvorlage, das Handelskammergesetz, die Kornhausvorlage, der Gesetzentwurf wegen der Einführung der Dienstalterszulagen für die Richter stehen noch aus. Was davon vor der Osterpause auch nur in der Generaldebatte erledigt werden kann, erscheint zweifelhaft. Nach den „Berl. Pol. Nachr." ist die Vorlage wegen **besserer Fundamentirung der Staatsfinanzen** in Aussicht. Wenn es sich dabei auch wohl nur um Bestimmungen von geringem Umfange handelt, so kommen doch Finanz- und wirthschaftspolitische Fragen von erheblicher grundsätzlicher und praktischer Bedeutung zur Erörterung, deren Lösung nicht ohne längeren Zeitaufwand sich ermöglichen lassen dürfte; denn es gilt dabei die Interessen des Verkehrs und des heimischen Erwerbslebens, welche bei den Eisenbahnen eine so hohe Rolle spielen, mit den nothwendigen Rücksichten auf die Staatsfinanzen in Einklang zu bringen und die mittlere Linie zu finden, auf welcher beide Gesichtspunkte zu ihrem Rechte gelangen.

In dieser Hinsicht ist, so hebt die genannte Correspondenz hervor, namentlich der geplante Ausgleichs- und Reservefonds von Bedeutung, weil er u. a. dazu dienen soll, diejenigen finanziellen Hindernisse zu beseitigen, welche zur Zeit selbst solchen Tarifermäßigungen entgegenstehen, aus welchen auch nur ein vorübergehender Einnahmeausfall von nennenswerthem Betrage zu erwarten ist. Wenn jener Fonds Deckung für vorübergehende Ausfälle dieser Art bietet, so liegt es auf der Hand, daß aus finanziellen Rücksichten ein Veto gegen volkswirthschaftlich nützliche Herabsetzungen der Güterfrachten ferner nicht nothwendig sein wird.

Nach alle dem wird man mit der Dauer der Landtagssession **über Pfingsten hinaus** rechnen müssen.

Politische Tagesschau.

Danzig, 25. Februar.

Abgeordnetenhaus.

Die am Montag fortgesetzte Berathung des **Eisenbahnetats** drehte sich hauptsächlich um die Frage der **Viehstaffeltarife**, deren Aufhebung eine Petition des westfälischen Bauernvereins verlangte. Die Mehrheit des Hauses erklärte sich im Einklang mit der Budgetcommission und dem **Minister Thielen** für die Aufrechterhaltung der Tarife.

Abg. Frhr. **v. Loë** (Centr.) unterstützt den Antrag Herold, die Petition der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen mit Rücksicht auf die schlechte Lage der Landwirthschaft im Westen. Durch Einführung der Staffeltarife sei die Viehzucht in Rheinland und Westfalen aufs schwerste geschädigt. Die Viehsperre gegen Norden sei viel wichtiger als gegen Holland.

Minister **Thielen** erklärte, daß für die letztere Behauptung bisher kein Nachweis erbracht sei. Allerdings sind die Viehpreise, namentlich für Schweine, im Herbst und Winter gesunken, aber lediglich in Folge des vermehrten Angebots von Jungvieh. Der Minister weist an der Hand der Statistik nach, daß aus Dänemark, Rußland und Oesterreich in Folge der Quarantänemaßregeln u. s. w. nur ein verschwindend kleiner Theil unseres Viehbedarfs eingeführt werde. Je schärfer aber die Viehsperre an den Grenzen gehandhabt wird, um so weniger darf man im Innern des Landes die Viehsperre einführen, und dieser Grund habe ihn und den Landwirthschaftsminister veranlaßt, für die Einführung der Viehstaffeltarife einzutreten. Nach den bisherigen Erfahrungen ist der Viehstaffeltarif bisher im allgemeinen eine Wohlthat für das Land gewesen, und auf keinen Fall reichen die bisherigen Erfahrungen aus, um eine Zurücknahme der Maßregel zu rechtfertigen.

Abgg. **Graw** und **Herrmann** (Centr.) treten als Vertreter des Ermlandes im Interesse der Landwirthschaft des Ostens für die Staffeltarife ein.

Abg. **Herold** (Centr.) bekämpft dieselben. Sie schädigten die ohnehin vielfach wenig rentable Landwirthschaft des Westens und riefen nur Erbitterung hervor.

Abg. **v. Mendel**-Steinfels (cons.) erblickt den Hauptschaden der Landwirthschaft in der großen Vieheinfuhr aus dem Auslande. Die Quarantänen müßten wenigstens auf 14 Tage ausgedehnt werden. Die Staffeltarife hätten bisher den Landwirthen mehr genützt, als geschadet. Wolle man aber Licht und Schatten gleichmäßig vertheilen, so sei entweder eine kürzere Staffelung einzuführen oder eine generelle Ermäßigung der Viehtransporttarife.

Abg. **Hirt** (cons.) spricht für die Staffeltarife.

Abg. Frhr. **v. Plettenberg** (cons.) erklärt sich für Aufhebung der Staffeltarife.

Abg. **Sieg** (nat.-lib.) ist der Ansicht, die Vieh-Staffeltarife hätten sich als nicht schädlich erwiesen. Viel eher sei die Frage angebracht, ob die Staffeltarife nicht auf alle Producte auszudehnen seien. Die Aufhebung der Staffeltarife für Getreide hätte die Preise für Gerste im Osten entwerthet, wofür die Aufhebung des Identitätsnachweises kein Ersatz gewesen sei.

Abg. **v. Plötz** (cons.) lehnt es ab, bestimmte Stellung zu nehmen. Der Bund der Landwirthe verhalte sich neutral, er überlasse es den Landwirthen des Ostens und Westens, ihre Interessen gegen einander zu vertreten und auszugleichen. Redner bestreitet, daß er in der Versammlung des Bundes im Circus Busch Mißtrauen gegen irgend einen Minister ausgedrückt habe. Die Redewendung „schnuppe", sei bereits vom amtlichen Organ des Bundes gemißbilligt worden. Redner fragt, ob die Nachricht begründet sei, daß eine Eisenbahndirection die Einfuhr russischen Getreides durch den Fortfall der halben Expeditionsgebühr erleichtert habe.

Geh. Rath **Möllhausen** bejaht die Frage. Rußland habe auf Grund des deutsch-russischen Handelsvertrages das Recht, directe Tarife nach den inländischen Stationen zu fordern. Diese Tarife bieten aber keine Ermäßigung, sondern es werden nur die bestehenden Tarife für inländisches Getreide angewendet.

Die Abgg. **Klose** (Centr.), Dr. **Czarlinski** (Pole), **Bueck** (nat.-lib.) und Dr. **Gerlich** (freicons.) plaidiren für die Staffeltarife. Abg. Gerlich warnt davor, daß der Westen und der Osten sich hier unterbieten.

Abg. **Rickert**: Dr. Gerlich hat recht, es muß peinlich außen berühren, daß sich hier der Westen und der Osten überbieten und jeder mehr nothleidend sein will. Wer soll angesichts solcher Ueberbietungen noch Lust haben, ein Gut zu kaufen oder zu pachten? Abg. Herold sagt, durch die Viehstaffeltarife sei im Westen solche Erbitterung erregt worden, daß die Führer die Leidenschaften nicht zügeln könnten. Gegenüber dieser übertriebenen Schilderung ist dieser Tarif eine Lappalie. Man erregt durch solche Schilderungen Leidenschaften, kein Wunder, wenn man sie dann nicht zügeln kann. Daß die Regierung versprochen hat, niemals die Staffeltarife einzuführen, ist eine Legende. Minister v. Bötticher und der Reichskanzler haben ausdrücklich erklärt, daß die Regierung sich für die Dauer nicht binden könne. Die Regierung muß bald mit genereller Einführung von Staffeltarifen vorgehen. Ein Stillstand bei den Gütertarifen und Personentarifen ist unmöglich. Man wird mit dem kleinen Mittel der Vertheuerung des Reisens den Arbeiter nicht an die Scholle fesseln. Billige Tarife, besonders für die Landwirthschaft, für Dünger und Futtermehl, Eisenbahnbauten, für Westpreußen noch mehr als der Abg. Sieg will, damit werden wir die Landwirthschaft, die auch in unseren Augen der wichtigste Erwerbszweig ist und der Pflege des Staates bedarf, lebhaft unterstützen. Abg. v. Plötz meint, ich wünschte, der Bund der Landwirthe soll sich compromittiren. (Heiterkeit.) Bessern soll er sich. (Große Heiterkeit.) Abg. Plötz sagte, die Generalversammlung habe einen schroffen Ausdruck gemißbilligt. Welchen meint er damit? „Schnuppe?" oder die Anspielung auf Götz von Berlichingen? (Heiterkeit.) Oder den noch kräftigeren Ausdruck, der fiel, als der Name Caprivi genannt wurde? (Heiterkeit.) Alle diese Ausdrücke wurden mit Hurrah und Bravo aufgenommen. Das aber ist es nicht, was wir so tragisch nehmen, sondern daß Sie Hoffnungen erwecken und Forderungen stellen, die nicht zu erfüllen sind, daß Sie dadurch Muthlosigkeit und Enttäuschungen verbreiten, welche die Landwirthschaft empfindlich schädigen. Bei allen durchführbaren, wirklich nützlichen Maßregeln gehen wir mit. (Beifall links.)

Abg. **Herold** (Centr.) verliest eine Aeußerung Caprivis, woraus er folgert, daß, so lange die Handelsverträge bestehen, die Staffeltarife nicht wieder eingeführt werden dürfen.

Minister **Thielen** bemerkt, daß sich die Erklärung Caprivis nur auf die Getreidestaffeltarife bezogen hätte. Seit der Zeit hätte er vielfache Staffeltarife eingeführt ohne sich im mindesten mit den im Reichstage abgegebenen Versprechungen in Widerspruch zu setzen. (Hört, hört! links.)

Auf eine Bemerkung des Abg. Frhrn. **v. Loë** erwidert Minister **Thielen** dann, daß der Landeseisenbahnrath sich gegen die allgemeine Ermäßigung der Tarife ausgesprochen habe. Solche Ermäßigung würde dem Staate schwere finanzielle Opfer auferlegen.

Abg. **Frentz** (cons.) beklagt, daß der schlesischen Kohle Ausnahmetarife nach Stettin bewilligt seien. Hierdurch würde der Kohlenhandel der pommerschen Städte mit England vernichtet.

Minister **Thielen**: Die Ausnahmetarife sind im vorigen Jahre auf Anregung des Hauses erfolgt und haben keineswegs den Zweck, den Kohlenhandel mit England zu vernichten, sondern sollen nur der einheimischen Kohle ein größeres Absatzgebiet schaffen.

Nach einer weiteren Debatte, an der sich noch die Abgg. **Schröder** (Pole), **Jürgensen** (nat.-lib.), **Herold** (Centr.) und der Minister **Thielen** betheiligten, wurde der Antrag der Commission, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen, angenommen.

Morgen folgt die Fortsetzung der Berathung.

Die Berichtigung des Hrn. v. Diest-Daber

in Betreff seiner in der Generalversammlung des Bundes der Landwirthe gethanenen Aeußerung scheint auch in Kreisen, die dem Bund der Landwirthe nicht feindlich gesinnt sind, für nicht ausreichend befunden zu werden. Zunächst erklärt sich der Berliner Correspondent des nationalliberalen „Hann. Courier" jederzeit bereit, eidlich zu erhärten, daß Herr v. Diest-Daber unter dem lauten Beifall seiner Zuhörer wörtlich gesagt hat: „Die beiden Herren können uns sonst was!" „Es müssen" — so fügen die Bismarck'schen „Berliner Neuest. Nachr." hinzu — „aber auch sonst Zeugen für die Aeußerung des Hrn. v. Diest-Daber vorhanden sein." Und zum Beweise dessen verzeichnet nun das Blatt die Thatsache, daß der Minister Hammerstein an dem Festmahl des Vereins der Spiritusfabrikanten erst Theil genommen, nachdem Herrn v. Diests Fortbleiben veranlaßt worden war. Dann fährt es fort:

„Jedenfalls ist es hoch bedauerlich, daß Herr v. Diest die Verantwortlichkeit für die Verrohung des Tones in unseren Parlamenten und öffentlichen politischen Versammlungen nicht den Socialdemokraten überlassen und daß auch die Leitung der Versammlung des Bundes der Landwirthe den Redner nicht sofort in die Schranken des Anstandes zurückgewiesen hat. Wenn die Socialdemokraten im Reichstage sich die Redewendungen des Herrn v. Diest aneignen sollten, so werden sie sich darauf berufen können, daß die Leitung des Bundes der Landwirthe solche Aeußerungen ungerügt in ihren Versammlungen zuläßt und daß der Bund gegen derartige Mitglieder in keiner Weise einschreitet."

Auch das Stöcker'sche „**Volk**" äußert sich sehr abfällig über den auf jener Generalversammlung angeschlagenen Ton und führt aus:

„Der Ton ist nicht von einem, sondern von drei oder vier Rednern der Regierung gegenüber angeschlagen, war, gelinde ausgedrückt, derb, viel derber jedenfalls als alles, was wir je gegen Regierungsvertreter geschrieben haben. Und nun vergleiche man die überaus milde Beurtheilung, die diese Derbheiten in der conservativen Presse gefunden haben, mit den schweren Vorwürfen, die man gegen uns erhoben hat, wenn uns einmal ein scharfes Wort gegen Herrn v. Köller oder sonst einen Ministersesselinhaber entfuhr. Aber freilich: si duo faciunt idem, non est idem (wenn zwei dasselbe thun, so ist es nicht dasselbe), meint die „Kreuzztg.", die sich diesen bedenklichsten aller Grundsätze neuerdings zum Leitmotiv gewählt zu haben scheint."

Die unangenehme Erfahrung nun, welche der Musterredner in der Generalversammlung des Bundes der Landwirthe, **Herr v. Diest-Daber**, als Mitglied des Vereins der Spiritusfabrikanten mit dem Minister v. Hammerstein und dem Grafen Posadowsky gemacht hat, scheinen Herrn **v. Plötz** dazu veranlaßt zu haben, gestern im Abgeordnetenhause feierlichst zu erklären, daß der Bund der Landwirthe solche Ausdrücke, wie sie Herr v. Diest gebraucht, entschieden mißbillige — zur großen Heiterkeit des Hauses „versprach" er sich zunächst, indem er sagte „billige" —, daß es aber sogar ein gutes Zeichen sei, daß ein Redner einmal über die Schnur haue. — Ja, wenn es wirklich nur e i n e r wäre! Aber dieser Ton ist, wie selbst das conservative „Volk" constatirt, von „drei oder vier Rednern" in der Generalversammlung angeschlagen worden. Im übrigen ist Herrn v. Plötz' „versprechen" so übel nicht! Jedenfalls werden alle seine Betheuerungen den Stempel nicht verwischen, den sich die Versammlung im Circus Busch aufgedrückt hat.

Der Verein zum Schutze des Deutschthums.

Neulich brachte ein großes liberales Blatt, dessen Chefredacteur Mitglied des Vereins zum Schutze des Deutschthums ist, aus Anlaß einiger durch die Zeitungen gehenden Mittheilungen die Bemerkung, daß mehrfache Vorkommnisse in der letzten Zeit die Voraussetzungen nicht bestätigten, unter welchen Viele dem Verein beigetreten wären. Die Idee: deutsches Wesen in den Provinzen mit gemischter Bevölkerung aufrecht zu erhalten und zu schützen — welcher Deutsche wollte ihr entgegentreten? Aber es kommt doch sehr auf die Mittel an, welche im Interesse dieser an sich gewiß guten Idee in Anwendung gebracht werden. In dieser Beziehung geschieht manches, was gerade das Gegentheil von dem bewirkt, was der Verein erreichen will.

Zu dieser Betrachtung fordert ein Vorkommniß auf, über welches der „Dziennik Poznanski" in seiner letzten Nummer berichtet. In **Czarnikau** (Provinz Posen) besteht eine Abtheilung des Vereins zum Schutze des Deutschthums, zu dessen Vorstand und thätigsten Mitgliedern der Regierungsbaumeister Marten gehört. In Czarnikau giebt es drei Aerzte deutscher Nationalität (2 evangelischen, 1 jüdischen Bekenntnisses) und 2 polnischer. In Bezug auf einen der deutschen Aerzte hat der Regierungsbaumeister Marten unter dem 8. Februar folgendes autographirte Circular an die Mitglieder des Vereins zum Schutze des Deutschthums erlassen:

„Es hat sich in Czarnikau als zweiter deutscher Arzt Herr Dr. Wordell niedergelassen. Derselbe ist mir als tüchtiger energischer Arzt bekannt und bitte ich, denselben bei eintretenden Krankheiten mit heranzuziehen bezüglich für dessen Inanspruchnahme auch seitens Nichtmitgliedern thunlichst sich bemühen zu wollen. Vor allem kommt es darauf an, den beiden deutschen Aerzten eine möglichst weitgehende Praxis zu schaffen. Hierfür zu sorgen und sich zu bemühen ist Ehrensache für jeden Deutschen."

Daß der „Dziennik Poznanski" dieses Vorgehen eines Staatsbeamten entschieden mißbilligt, finden wir durchaus begreiflich. Das verletzt und muß verletzen, ganz abgesehen von dem antisemitischen Charakter, den es hat, indem es dem jüdischen Arzt den Charakter als Deutschen abspricht. Der „Dziennik Poznanski" hebt auch mit vollem Recht hervor, daß diese Art amerikanischer Reclame dem empfohlenen Arzt auch nur schaden könne — wir fügen hinzu, nicht nur dem Arzt, sondern auch den Deutschen. Mit solchen Mitteln schützt man das Deutschthum nicht, man **schädigt es in der empfindlichsten Weise** und man ruft eine Gegenbewegung hervor, die das Verhältniß zwischen den deutschen und polnischen Bewohnern der Ostprovinzen immer mehr verschlechtern muß. Der „Dz. Pozn." zieht auch bereits

Auf der Grenzwacht!

Roman in zwei Bänden von Ludwig Habicht.

[Nachdruck verboten.]

30. Kapitel.

Seit dem 1. Dezember befand sich Georg Candidus als Kreisdirector in Rappoltsweiler, wenige Tage später hatte seine Amtsführung schon eine sehr ernste Probe zu bestehen. In einer finsteren, kalten Nacht wurden die Bewohner des Städtchens durch Feuerlärm geweckt. In der Nähe des Strengbaches lag eine Anzahl alter, nur von armen Leuten bewohnter Holzhäuser, welche, streng genommen, gar nicht zu Rappoltsweiler gehörten, sondern ein Dörfchen für sich bildeten. Die deutsche Verwaltung hatte schon wiederholt versucht, diese elende Niederlassung zu beseitigen, ihre wohlwollenden Bemühungen waren aber an dem zähen Widerstande der Besitzer der Baracken gescheitert, die ein solches Geschrei wegen Vergewaltigung und willkürlicher Vertreibung aus ihrem Eigenthum erhoben, daß man sie vorläufig noch darin beließ. Nun hatte das Feuer es übernommen, Luft zu schaffen. In einer der elendesten Hütten ausgebrochen und von einem starken Nordostwind angefacht, hatte es an dem Holz- und Fachwerk so schnell Nahrung gefunden, daß drei Häuser in Brand standen, ehe die Löschmannschaften mit den ersten Spritzen herbeieilen konnten, obwohl Rappoltsweiler auf seine in neuerer Zeit eingerichteten trefflichen Löschanstalten stolz sein durfte.

Als einer der ersten auf dem Platze erschien der junge Kreisdirector und ordnete sogleich mit Sicherheit und Umsicht so zweckmäßige Maßregeln an, daß die Feuerwehr sich ohne Frage und Widerspruch seinen Befehlen fügte. Man war bemüht, den armen Bewohnern der brennenden und noch gefährdeten Häuser von ihren Habseligkeiten retten zu helfen, was sich eben in Sicherheit bringen ließ, hauptsächlich aber dafür zu sorgen, daß der Brand nicht nach der Stadt verpflanzt ward, denn an den alten Baracken war wenig mehr zu erhalten. Mit übermenschlicher Anstrengung arbeitete das kleine Häuflein. Unaufhörlich rasselten die Wasserfässer herbei, Schläuche wurden gefüllt und sandten ihre Wasserstrahlen auf die brennenden Wände und Dächer, Mauern wurden im Nu niedergelegt, um den Spritzen Zugang zu verschaffen und der Ausbreitung des Feuers Einhalt zu thun.

Der Hauptmann der Feuerwehr gab soeben mit lauter, weithin schallender Stimme den Befehl, sich aus dem Bereiche eines Hinterhauses zurück zu ziehen, dessen Balken jeden Augenblick zusammen zu stürzen drohten, da ertönte ein gräßlicher Schrei. Mit fliegenden Haaren eilte ein Weib herbei und wollte in die Flammen springen. Man hielt sie zurück.

„Ihr seid wahnsinnig! Was wollt Ihr in dem Hause, Frau? Laßt brennen, was noch darin ist; von Euren Sachen rettet Ihr doch nichts mehr!" rief man ihr zu.

„Nicht meine Sachen, mein Kind! Mein Kind!" keuchte die Frau und wollte sich losreißen. Zehn Fäuste packten sie und hielten sie zurück.

„Wie konntet Ihr das Kind in dem brennenden Hause lassen?" fragte man.

„Ich — ich —"

„Still!" herrschte der Kreisdirector sie an, der schnell herzugeeilt war. „Das erzählt nachher, jetzt sagt, wo das Kind ist."

„Dort, dort in der Kammer", jammerte das Weib und zeigte nach einem Fenster, um das die Flammen zuckten, „ich dachte, mein Mann hätte den Jungen; ich nahm die beiden anderen und unsere paar Mark —"

Der Kreisdirector blickte schweigend ringsum. Angst, Entsetzen, Mitleid las er wohl in den Gesichtern, aber nirgend einen Zug, nirgend ein Aufblitzen des Auges, aus dem der Entschluß zu lesen gewesen wäre, das eigene Leben an die Rettung des anderen zu wagen; man gab allgemein das Kind verloren, und es war die höchste Gefahr im Verzuge. Georg Candidus maß mit den Augen die Entfernung des Fensters vom Boden. Es war nicht allzu hoch, aber eine Leiter ließ sich nirgend mehr anlegen. Wie in das brennende Gebäude gelangen? Nur einen Augenblick währte seine Ueberlegung, dann war sein Entschluß gefaßt. „Haltet eine Sprungdecke bereit!" rief er den Umstehenden zu und schwang sich auf einen alten Kastanienbaum, dessen entlaubte Aeste sich vor dem Hause zum dunklen, feuergerötheten Nachthimmel emporstreckten. Sie waren schon hier und da angeglimmt, aber im Ganzen noch unversehrt geblieben. „Herr Kreisdirector! Georg! Candidus!" riefen abmahnende Stimmen. „Das ist Tollkühnheit! Lassen Sie ab! Kommen Sie zurück!" „Wo ist sein Vater? Er muß es verhindern!" schrie man und zerrte den alten Candidus herbei, der sich auf den bis zum Girsperger Hofe gedrungenen Feuerlärm erst vor an za kurzer Zeit eingefunden hatte. Der alte Mann sah, was vorging, und eine fahle Blässe bedeckte sein Gesicht. „Sprechen Sie ein Machtwort", drängte man auf ihn ein; Candidus stand stumm; große Tropfen kalten Schweißes traten auf seine Stirn, aber er rührte sich nicht. „Nein", stieß er endlich hervor, „so weit gehen die Befugnisse eines Vaters nicht; ich darf meinen Sohn nicht abhalten, seine Pflicht zu thun; er steht in Gottes Hand."

Unterdeß war Georg Candidus mit einer Behendigkeit, welche Niemand dem stattlichen Manne zugetraut hätte, an dem Baum in die Höhe geklettert; von da schwang er sich durch die Fensterhöhle und verschwand in dem brennenden Hause. Eine bange, athemlose Stille lagerte sich über der Brandstätte. Die Thätigkeit der Löschmannschaften stockte, keine Hand vermochte sich zu regen, alle Augen waren in fieberhafter Spannung auf die Stelle gerichtet, wo der Kühne verschwunden war und wo er wieder zum Vorschein kommen mußte, wenn er nicht bereits von dem Rauche drinnen erstickt war. Schnell und verstohlen flogen auch die Blicke zu dem alten Candidus, der fest wie eine Statue stand. Ein paar bange Minuten vergingen, plötzlich ertönte ein Knistern und Prasseln; ein Theil des Hauses stürzte in sich zusammen. Die eine Seite der Fensteröffnung, durch welche Georg eingestiegen, war verschwunden, nur die andere Wand ragte noch empor.

„Er kann nicht mehr zurück. Er ist verschüttet, verloren!" ging es flüsternd von Mund zu Mund.

(Fortsetzung folgt.)

den Schluß daraus, daß der Verein und seine Mitglieder als solche gegen die polnische — in diesem Falle ist es auch noch die jüdische — Einwohnerschaft in großem Maßstabe den **Boycott** betreiben.

Die Leitung des Vereins hätte alle Veranlassung dazu, vor derartigem Vorgehen die Mitglieder zu warnen. Hier ist dasselbe um so bedauerlicher, als ein Staatsbeamter der Urheber ist. Wir möchten auch nicht annehmen, daß seine Vorgesetzten das als ein verdienstliches Unternehmen ansehen können.

Das Protokoll über die „reinliche Scheidung“.

Die „Cons. Correspondenz“ veröffentlicht heute das Protokoll über die Sitzung des Elfer-Ausschusses am 1. Febr., in welcher Stöcker seinen Austritt erklärte. Das Protokoll recapitulirt die im wesentlichen bereits bekannten Vorgänge, die sich dabei abspielten, und gipfelt in dem Nachweise, daß Stöcker lediglich wegen seines Verhaltens zum „Volk“ zum Ausscheiden genöthigt wurde. Er hatte bekanntlich eine Erklärung abgeben wollen, daß er seine Beziehungen zum „Volk“ abbrechen wolle, bis es wieder „die von ihm bezeichnete Linie innehalten“ werde. Darauf schlug Herr v. Manteuffel eine schärfere Fassung vor, wonach Stöcker erklären sollte:

„Ich erkläre, daß ich mit diesem Blatt, auf das ich schon lange einen maßgebenden Einfluß nicht mehr besitze, nichts mehr gemein habe und jede auch nur mittelbare Verantwortlichkeit für dessen Inhalt ablehne.“

Stöcker lehnte in einer sich daran anschließenden längeren Discussion diese Forderung ab mit der Begründung, daß er die v. Manteuffel'sche Erklärung „um so weniger zu der seinigen machen könne, als das „Volk“ in kirchenpolitischen und auch in den meisten socialpolitischen Fragen seinen Anschauungen vollkommen entspreche“. Schließlich führte Dr. Klasing — und darauf legt das Protokoll offenbar das Hauptgewicht — aus:

„daß nach seiner Auffassung bei der bisherigen Berathung wesentliche Meinungsverschiedenheiten in der Sache selbst nicht hervorgetreten seien, daß mit einer einzigen Ausnahme (Durand) alle Redner erklärt hätten, nichts weiter als die reinliche Scheidung Stöckers vom „Volk“ zu erstreben, und daß unter der Voraussetzung dieser Scheidung das weitere Zusammenwirken mit Stöcker bei dessen unverminderter Bewegungsfreiheit in christlich-socialer Richtung keinen Hindernissen begegne. Bei dieser Sachlage sei, wenn es zum Bruche komme, dessen Ursache lediglich in der mangelnden Bereitwilligkeit Stöckers zu versöhnlichem Entgegenkommen zu finden, und er — Dr. Klasing — müsse die Verantwortung für die Folgen dieses von ihm tief zu beklagenden Ereignisses lediglich Herrn Stöcker zuschieben.“

Sodann wurde die von Herrn Stöcker verfaßte Erklärung mit 9 gegen 2 Stimmen abgelehnt, dagegen die v. Manteuffel'sche Erklärung mit demselben Stimmenverhältniß angenommen, worauf Stöckers Austritt erfolgte.

Herr Stöcker hat bekanntlich erklärt, daß er hauptsächlich wegen seiner socialpolitischen Differenzen zum Ausscheiden genöthigt worden sei. Nun hat er wieder das Wort.

Dasselbe Thema.

Auf die Generalversammlung des Bundes der Landwirthe in Berlin ist gestern die der **Steuer- und Wirthschaftsreformer** gefolgt. Dasselbe Thema, nur mit etwas anderen Worten! Den Vorsitz führte, wie bereits telegraphisch gemeldet, Graf **Mirbach**. Der Vorsitzende bedauerte, daß die Hoffnungen, die im vorigen Jahre ausgesprochen wurden, sich nicht erfüllt hätten, und griff die Regierung wegen ihrer Haltung zum Antrag Kanitz und zur Währungsfrage an. Er behauptete, daß die Regierung sich über die wirthschaftliche Lage des platten Landes nicht klar sei und die wirthschaftliche Bedeutung der Lösung der Währungsfrage nicht verstände. Zunächst wurde dann über den **Antrag Kanitz** verhandelt. Graf Schwerin-Löwitz begründete eine Resolution für den veränderten Antrag Kanitz, in welcher es u. a. heißt:

Die Ablehnung des Antrages erfolgte von Seiten der **demokratischen Mehrheit** des Reichstages in Wahrheit weniger aus wirthschaftlichen als aus parteipolitischen Rücksichten — und von Seiten der verbündeten **Regierungen** weit weniger wegen thatsächlicher Unüberwindlichkeit der entgegenstehenden handelspolitischen Schwierigkeiten als aus **Mangel an dem vollen Verständniß** der großen socialen Bedeutung des Antrags. Aus diesem Grunde betrachtet die Vereinigung der Steuer- und Wirthschaftsreformer es als ihre vornehmste Aufgabe — neben dem Verständniß für die Währungsfrage — das Verständniß für die wirthschaftliche und sociale Bedeutung des veränderten Antrages Kanitz bis zu den **Neuwahlen des Jahres 1898** in den weitesten Kreisen unseres Volkes zu fördern.

Die folgenden Redner sprachen sich ebenfalls für den Antrag aus, nur der Gutsbesitzer **v. Hymmen**-Endemich erklärte sich im Namen der Mehrheit der rheinischen Landwirthe gegen den Antrag, der zu einer **Verstaatlichung** des gesammten Getreidehandels und Getreidebaues führen würde. **Graf Kanitz** suchte diese Ausführungen durch die Behauptung abzuschwächen, daß v. Hymmen nicht im Namen der Mehrheit der rheinischen Landwirthe spreche. Die von dem Grafen Schwerin vorgeschlagene Resolution wurde angenommen.

Hierauf referirte Abg. Dr. **Arendt** über die Reichsbank und ihre eventuelle Ueberführung in den Besitz des Reiches. Er beantragte Petitionen an **den Reichskanzler, den Bundesrath**, den Reichstag, das Abgeordnetenhaus und das Herrenhaus dahin, daß der Bundesrath von der ihm gesetzlich zustehenden Befugniß Gebrauch macht, zum 1. Januar 1901 den Privatnotenbanken das Recht der Notenausgabe aufzukündigen, und ferner, die Antheile der Reichsbank am 1. Januar 1901 zum Nennwerth unter Theilung des Reservefonds von 30 Millionen Mark zu erwerben. Herr Arendt schloß seinen Vortrag mit der Hoffnung, daß der Reichstag im Jahre 1900 endlich der Verstaatlichung der Reichsbank zustimmen werde. **v. Kardorff** bezweifelte, daß der Reichstag sich so leicht zu dem Standpunkte des Abg. Arendt bekehren würde. Die vorgeschlagene Resolution wurde gleichwohl mit einem Zusatzantrage des Grafen v. Mirbach angenommen.

*

Hierzu ist zunächst eins zu bemerken: die Herren sind in der That gewillt, frühe aufzustehen! Schon jetzt fassen sie die **Neuwahlen des Jahres 1898** in's Auge und wollen dieselben vorbereiten. Wenn doch die Gegner sich an dieser ohne Frage mustergiltigen Rührigkeit ein Beispiel nehmen und das gleiche thun wollten!

Charakteristisch ist sodann die Thatsache, daß die Agitation für die **Doppelwährung**, sowie für den **Antrag Kanitz** mit ungeschwächten Kräften fortgesetzt wird. Mit nicht weniger als 50 gegen 3 Stimmen erfolgte die Annahme der betr. Resolution, in der die kühne Behauptung aufgestellt wird, die **„demokratische Mehrheit des Reichstages“** — d. h. die Nationalliberalen (mit einigen Ausnahmen), das Centrum, die Freisinnigen und die Socialdemokraten — hätten den Antrag Kanitz weniger aus wirthschaftlichen als aus parlamentarischen Rücksichten abgelehnt und den Regierungen habe es an dem vollen Verständniß der großen socialen Bedeutung des Antrages gefehlt! Und schließlich erklärte Graf Schwerin, der Urheber der neuen Fassung, welche dem Antrage Kanitz ein socialpolitisches Mäntelchen umhängen soll, mit der Ablehnung des Antrages werde die ganze ländliche Bevölkerung nach allen Regeln der Nationalökonomie in die Hände der Socialdemokratie getrieben! Die Herren scheinen die Zeit gar nicht erwarten zu können, wo sie selbst die ländliche Bevölkerung in das socialdemokratische Lager getrieben haben.

Eine überraschende Meldung

kommt heute aus Rom wie folgt:

Rom, 25. Febr. (Tel.) Den gestrigen Abendblättern zufolge wird der frühere Kriegsminister General Luigi **Pelloux den Oberbefehl über die Truppen in Afrika** übernehmen.

Bereits gestern widmete die officiöse „Opinione“ der Lage in Afrika einen Leitartikel voll ernster Besorgniß, immerhin aber konnte man auf einen so schnellen Wechsel im Obercommando der afrikanischen Armee nicht gefaßt sein. Das Blatt gab unumwunden der Befürchtung Ausdruck, daß General Baratieri absolut nicht mehr im Stande sei, die Offensive zu ergreifen, während seine Defensivbedingungen im Hinblick auf die Verbindungen mit dem Hinterlande bedenklich erscheinen. Das officiöse Blatt hofft nur, daß der Feind in seinem Zaudern verharre, bis die neuen Verstärkungen eintreffen. Ein allgemeiner Kreisangriff auf Baratieris Position wäre gegenwärtig nicht leicht zurückzuweisen. Energische Operationen gegen die Abessynier könnten erst von dem bei Asmara zu bildenden neuen Corps unter General Heusch erwartet werden.

Ob der jähe Wechsel im Obercommando, wenn er wirklich eintritt, ein glücklicher Entschluß ist, bleibt abzuwarten. Jedenfalls wird man ihm, wenn er etwas helfen soll, noch einen zweiten herzhaften Entschluß zufügen müssen und statt der „kleinen Packete“ einen tüchtigen Nachschub nach Afrika senden müssen, wie schwer dies auch dem Lande aus finanziellen und vielleicht auch politischen Gründen fallen mag. Der Krieg in Afrika muß jetzt in großem Stil weitergeführt werden oder man entschließt sich, ihn aufzugeben und die Friedensbedingungen Meneliks anzunehmen, woran in Italien aber wohl niemand denkt, am wenigsten Crispi, denn das wäre das Todesurtheil seiner eigenen Regierung.

Deutsches Reich.

Berlin, 23. Februar. Heute begingen eine Anzahl **Ausständiger**, die wegen Unterstützung in dem Geschäftsbureau in der Annenstraße erschienen waren, **Ausschreitungen** und warfen der Fünfer-Commission Verrath und Bestechlichkeit vor. Der Schneider Timm mußte schließlich flüchten. Die Ruhe wurde nur langsam wieder hergestellt.

* **Die „Köln. Ztg.“ und Graf Kwilecki.** Nachdem im Herbst 1894 die „Köln. Ztg.“ einen scharfen Artikel gegen den polnischen Adel gebracht und speciell wegen Nichtbeflaggung des Schlosses des Grafen Kwilecki bei dem Besuch des Prinzen Georg von Sachsen anläßlich der Manöver, war Graf Kwilecki klagend gegen die „Köln. Ztg.“ vorgegangen. Das Schöffengericht sowie die Strafkammer verurtheilten wegen Beleidigung den Redacteur Posse zu 50 Mk. Strafe. Nachdem das Oberlandesgericht in Köln das Urtheil aufgehoben hatte, veröffentlicht jetzt die „Köln. Ztg.“ eine Ehrenerklärung für den Grafen Kwilecki, in Folge dessen wird in die neue Verhandlung der Klage nicht eingetreten.

* **Stöcker und die Socialdemokratie.** Stöcker hat sich jüngst mit den Socialdemokraten in einer Volksversammlung herumgeschlagen. Eine Gruppe Socialdemokraten legt sich neuerdings auf den Sport, für den Austritt aus den Kirchengemeinschaften zu agitiren, und arbeitet mit mehr Eifer als Erfolg für den Massenaustritt aus den Kirchen. Besonders unbequem empfinden die einsichtsvolleren Socialdemokraten diese Quertreibereien. Geht Herr Stöcker in die betreffenden Versammlungen, dann kann er noch nicht sagen, daß er den Kampf mit der wirklichen Socialdemokratie wieder aufgenommen habe. Gewandter, dialektisch, wie taktisch besser ausgerüstet ist er selbstverständlich. Vielleicht will Stöcker den Conservativen zeigen, wie wichtig seine Kraft zur „Eroberung“ der Berliner Wählerschaft immer noch ist.

* **Zwiespalt zwischen Conservativen und Christlich-Socialen.** Wie sich voraussehen ließ, verbreitert sich nach dem Austritt Stöckers aus der conservativen Partei der Zwiespalt zwischen den Conservativen und den Christlich-Socialen immer mehr. So hat der Vorstand des conservativen Vereins für den Kreis Siegen am 20. Februar folgenden Beschluß gefaßt:

„Wir protestiren mit größter Entschiedenheit gegen das im Interesse der conservativen Sache tief bedauerliche Vorgehen des Elferausschusses gegen Hofprediger a. D. Stöcker, diesen hochverdienten Vorkämpfer für Christenthum, Deutschthum und Monarchie. Wenn man uns vor die Wahl stellt, ob conservative Adelspartei oder conservative Volks- bezw. christlich-sociale Partei, dann sind wir keinen Augenblick zweifelhaft, auf welcher Seite unser Platz ist. Wir stehen **fest und treu zu unserem Stöcker allewege!**“

Auf der anderen Seite scheint auch die „Kreuzztg.“ zu fühlen, daß es mit beschönigenden Worten nicht mehr gethan ist. In einem Artikel über Stöcker und den Elferausschuß zieht sie bereits schärfere Saiten gegen die Christlich-Socialen auf. Sie sagt:

„Wir glauben nicht, daß Stöcker gewillt ist, diesen Bestrebungen Vorschub zu leisten, hoffen vielmehr, daß es seiner Persönlichkeit gelingen wird, ihrer Herr zu werden. Diese Hoffnung haben wir nicht nur um unsertwillen, sondern auch um seiner selbstwillen. Es wäre kein schöner Abschluß seiner politischen Thätigkeit, wenn die von ihm gegründete Partei in ähnlichen Bahnen wandeln würde, wie die der Antisemiten. Von einer solchen Wandlung könnten nur die mit dem Judenthum verbündeten Parteien Vortheil haben.“

* **Steckbrief hinter Paasch.** Zur Ermittelung des Aufenthaltes des flüchtigen antisemitischen Agitators Karl Paasch, der sich anscheinend in's Ausland begeben hat, hat der Staatsanwalt am Landgericht Berlin I. soeben einen Steckbrief erlassen. Paasch war bekanntlich wegen mehrfacher Beleidigungen des deutschen Gesandten v. Brand und wegen Preßvergehens zu einer Gefängnißstrafe von 1 Jahr 1 Monat verurtheilt worden, deren Verbüßung er sich durch die Flucht entzogen hat.

* **Zum Diebstahl des kaiserlichen Gnadenerlasses** wird dem „Berl. Tgbl.“ berichtet, daß die Verhaftung der drei Diebe dadurch ermöglicht worden ist, daß einer der Arbeiter der Buchbinderei von Kämmerer, der von der That der drei Verhafteten Kenntniß hatte, wahrscheinlich aus Furcht, selbst in den Verdacht der Thäterschaft zu gerathen, dem Chef der Firma Mittler die Namen der drei Diebe verrieth. Dr. Töche-Mittler erstattete daraufhin sofort bei der Polizei Anzeige, worauf die Verhaftung der Thäter erfolgen konnte. Diese, Falzer in der obengenannten Buchbinderei, verübten den Diebstahl in der im selben Hause gelegenen Mittler'schen Druckerei und zwar in so plumper Weise, daß die That kein Geheimniß bleiben konnte. Bezüglich der Verhaftung des nun wieder freigelassenen Dr. Braun vom „Vorwärts“ wird gemeldet, daß diese deshalb erfolgte, weil Braun früher behauptet hatte, den Ueberbringer des Erlasses an den „Vorwärts“ — einer der drei Verhafteten — nicht zu kennen, während der Verhaftete, der angeblich schon öfter auf der Redaction des „Vorwärts“ erschienen ist, das Gegentheil aussagte.

* **Verein der Spiritusfabrikanten.** Der zweiten Sitzung in Berlin am Sonnabend wohnte der Reichsschatzsecretär Graf Posadowsky bei. Der Referent untersuchte die Frage, ob und unter welchen Umständen das Spiritusglühlicht als Leuchtkraft das Petroleum zu ersetzen im Stande sei. Bei den im Vereinslaboratorium angestellten Versuchen ergab sich Folgendes: Zur Erzeugung von 10 Hefnerkerzen waren bei Petroleum pro Stunde ca. 0,83 Pf. erforderlich; beim Spiritus dagegen fand sich, daß eine Lampe um 12 Proc., eine zweite um 28 Proc. und eine dritte sogar um 33 Proc. billiger zu unterhalten war. Es zeigte sich also, daß das Spiritusglühlicht wohlfeiler ist. Ebenso ergaben die Versuche eine größere Leuchtkraft des Spiritusglühlichts bei geringerer Hitzeentwickelung. Zu den Nachtheilen gehört nur die große Zerbrechlichkeit und der theure Preis des Glühkörpers. Das Resultat der Versuche berechtigt nach Prof. Heyduck zu der Hoffnung, daß das Spiritusglühlicht nicht wieder verschwinden und sich zum Besten der Spiritusindustrie wie der Landwirthschaft bewähren wird. Dr. Rösicke, der zweite Vorsitzende des Bundes der Landwirthe, empfahl eine energische Propaganda für das Spiritusglühlicht im Interesse der deutschen Spiritusbrennerei. Rittergutsbesitzer zu Putlitz-Gr. Pankow hielt die Gründung von Genossenschaften für verfrüht, plaidirte vielmehr namens des Vereins-Ausschusses für Errichtung einer wissenschaftlichen Untersuchungsstation, für Propaganda durch Schriften und für Erlaß von Preisausschreiben zur Herstellung einer brauchbaren, billigen Lampe, sowie von Motoren zur Verwendung in landwirthschaftlichen Betrieben. Der Vorsitzende, v. Graß-Klanin, empfahl die Bildung kleiner Brenner-Genossenschaften, von denen er sich eine segensreiche Wirkung verspricht.

Danziger Lokal-Zeitung.

Danzig, 25. Februar.

Wetteraussichten für Mittwoch, 26. Februar, und zwar für das nordöstliche Deutschland:

Wolkig mit Sonnenschein, nahe Null. Sturmwarnung.

* * *

* **Kaiserliches Geschenk.** Der Kaiser hat der taubstummen Nähterin Ottilie Paleschke hier eine Nähmaschine als Geschenk überweisen lassen.

* * *

* **Neuer Deichverband.** In einer dieser Tage in Zeyer abgehaltenen Versammlung wurde beschlossen, die Ortschaften des Einlagegebiets zu einem besonderen Deichbezirke zu verbinden.

* * *

* **Neuer Gesang-Verein.** Der von Herrn Musikdirector Kisielnicki geleitete „Neue Gesang-Verein“, der seine öffentliche Wirksamkeit hauptsächlich wohlthätigen Unternehmungen zuwendet, wird nächsten Sonntag zum ersten Mal in diesem Winter mit einem eigenen Unternehmen an die Oeffentlichkeit treten. Es soll ein musikalischer Unterhaltungsabend im Apollosaale stattfinden. Das Programm enthält gemischte a capella- und begleitete Chöre, drei Frauenchöre, Sopran- und Alt-Soli, ein Geigensolo von einer jungen Violinspielerin und schließlich die Aufführung eines Singspiels durch Mitglieder des Vereins.

* * *

* **Neue Bauordnung.** Der Bauinnung und dem Haus- und Grundbesitzerverein ist, wie schon gemeldet, seitens des Herrn Polizei-Präsidenten der Entwurf einer neuen Baupolizeiverordnung für den innerhalb des äußeren Festungsbezirks belegenen Stadtbezirk zugegangen. Der Entwurf weist gegenüber der für diesen Bezirk bisher geltenden Bauordnung vom 7. November 1881 sowohl in der ganzen Anordnung des Stoffes, als bezüglich des Inhalts der einzelnen Vorschriften sehr bedeutende Aenderungen auf. Wir erwähnen daraus Folgendes:

Bei Neubauten sowie größeren Um- und Erweiterungsarbeiten sind die Zeichnungen in drei Exemplaren einzureichen. Die Ausschachtung des Bodens für Neubauten darf erst nach ertheilter Bauerlaubniß erfolgen.

Kleines Feuilleton.

Edison und die X-Strahlen.

Newyork, 25. Febr. (Tel.) Edison erklärte, er halte die Entdeckung Röntgens für bedeutsamer **als alle** seine eigenen Erfindungen; sie würde zu **wichtigeren** Resultaten führen, als irgend eine andere Entdeckung der modernen Wissenschaft.

Aus Newyork wird ferner berichtet: Mit rastlosem Eifer, sich und seinen Gehilfen kaum die Nachtruhe gönnend, setzt Thomas A. Edison in seinem Laboratorium in Menlo Park seine Versuche mit den Röntgen'schen X-Strahlen fort, und es scheint, als ob seine Bemühungen, die epochemachende Erfindung zu ergründen und ihre Resultate zu erweitern, bereits von Erfolg gekrönt sind. In erster Reihe hat Edison versucht, für die complicirten Crookes'schen Röhren Ersatz zu finden, und hat sich statt derselben einer zu diesem Zwecke angefertigten Glühlicht-Birne mit besonders hohem Vacuum bedient und damit bedeutende Erfolge erzielt. Mit diesen Birnen erzielte er Kathoden-Strahlen von bisher nicht gewonnener Stärke. Bisher haben sich bekanntlich Stahlplatten den Kathoden-Strahlen fast gänzlich widerstandsfähig gezeigt; die von Edison erzeugten Strahlen scheinen auch dieses Hinderniß zu durchdringen. Bei wiederholten Versuchen wurde in den Glas-Birnen eine so intensive Fluorescenz hervorgebracht, daß die durch eine Stahlplatte von $^{1}/_{8}$ Zoll mit den Strahlen belichtete Platte sich vollständig schwarz färbte. Leider haben weder Edison noch seine Gehilfen die Höhe des Vacuums in den einzelnen dabei verwendeten Birnen in ihrem Eifer festgestellt, und so konnte noch nicht ermittelt werden, ein wie großes Vacuum für jene wirkungsvollen Kathodenstrahlen erforderlich ist. Der geniale Erfinder glaubt nun im Stande zu sein, die Gehirnmasse durch den Schädelknochen zu photographiren, und will bereits in den nächsten Tagen mit diesem Experiment beginnen. Zu diesem Zwecke will er fünf zu Crookes'schen Röhren umgestaltete Vacuum-Lichter verwenden, um den Kopf eines seiner Gehilfen zu photographiren. Ob er damit Erfolg haben wird oder ob die Ansicht anderer Forscher, daß auch die Gehirnmasse Strahlen durchlassen und somit kein Negativ abgeben werde, die richtigere ist, bleibt nun abzuwarten. Die von Edison fabricirte birnenförmige Röhre ist — Edison ist auf das Merkantile stets bedacht — bedeutend wohlfeiler als die Crookes'sche Röhre, denn die letztere kostet angeblich 75—80 Mark, während Edison seinen Kathoden-Apparat, einschließlich Inductions-Spirale, für 2 Mk. in den Handel bringen will.

Friedmanns Odyssee.

Ueber die erste Vernehmung Friedmanns durch den Chef der Criminalpolizei in Bordeaux, Petit, unmittelbar nach seiner Verhaftung am Freitag berichtet der „Lok.-Anz.“ noch folgende Einzelnheiten:

Nachdem der Verhaftete nach längerem Leugnen zugegeben hatte, daß er der frühere Rechtsanwalt Friedmann sei, erzählte er mit thränenerstickter Stimme:

„Sie kennen die Geschichte von der Rheinisch-Westfälischen Bank, deren Vorsitzender im Verwaltungsrath ich war. Ich erhielt in Leipzig, wo ich mich gerade in meinen persönlichen Angelegenheiten befand, von dem Unglück durch meinen Vetter telegraphisch Kenntniß, verlor den Kopf. In einem traurigen Zustand sprang ich in den Zug, raffte in Berlin einiges Geld zusammen, gegen 5000 bis 6000 Francs. Sodann verließ ich mit meiner Freundin Anna Merten Deutschland. Wir flüchteten nach Krakau. Bald hielten wir uns innerhalb der Grenzen Galiziens nicht mehr für sicher, sondern reisten nach Frankreich, wo wir uns zunächst in Paris verbargen. Aber die deutsche Regierung hatte Agenten in Ihre Landeshauptstadt geschickt, die mir stets so dicht auf den Fersen waren, daß wir unter dem falschen Namen Feldau in Versailles Wohnung nehmen mußten, aber auch dort war es noch nicht ruhig. Eines Tages nahmen wir Hals über Kopf unsere Koffer und setzten uns in den ersten Marseiller Zug und liefen dort zum Hafen. Ein Dampfer ging nach Algier. Wir nahmen Plätze dorthin. In Algier fiel mein Blick fortgesetzt auf eine mir folgende und bekannt vorkommende Figur, kein Zweifel, ich war erkannt! So abermals gezwungen, die eilige Flucht fortzusetzen, schifften wir uns auf dem ersten Dampfer, der sich bot, ein. Es war dies der Küstendampfer „Tarn“, welcher sich nach Bordeaux begab. Sie sehen, wie wir angekommen sind. Mein Geld ging nahezu völlig auf die Neige; ich habe an eine sichere Person in Berlin telegraphirt, und morgen, spätestens übermorgen muß ich durch Drahtanweisung eine Summe von 2000 Frcs. empfangen. Mit diesem Gelde beabsichtigten Anna Merten und ich nach Amerika und Baltimore weiterzureisen, in der Hoffnung, daß ich dort endlich sicher sein würde vor den Verfolgungen der deutschen Agenten. Auf das, was mir die Anklagen wegen Betrugs und Bankerotts zur Last legen, werde ich in Deutschland antworten; ich habe den Kopf verloren, aber ich bin im Grunde weder ein Dieb noch ein Betrüger noch selbst ein unredlicher Mensch.“ Petit nahm natürlich schriftlich Act von den Erklärungen des Dr. Friedmann, nachher ließ er ihn in das Gefängniß führen.

Friedmann forderte und erhielt die Erlaubniß, sich selbst beköstigen zu dürfen. Bei Regelung seiner Hotel-Rechnung zeigte er sich von einer offenbar affectirten Großmuth. Wein verschmäht er, er ersetzt ihn durch Whisky-Wasser, dagegen raucht er den ganzen Tag und läßt sich zu diesem Zwecke einen starken Vorrath von Cigarren, zu 25 Centimes das Stück, bringen.

Die Begleiterin Friedmanns, **Anna Merten**, äußerte sich einem Berichterstatter des „Lok.-Anz.“ gegenüber in einer Unterredung in folgender Weise:

„Ich lernte Friedmann kennen, als er meinen Vater in einem Prozesse vertrat. Ich wollte die Welt sehen und folgte Friedmanns Aufforderung. Unsere Irrfahrten kennen Sie. Es war kein besonderes Vergnügen, immer gehetzt zu sein. Man denkt vielleicht, ich habe Friedmann verrathen, im Gegentheil, ich suchte selbst nach seiner Verhaftung sein Incognito zu retten, aber sowohl der deutsche wie der österreichische Vice-Consul brachten mich in's Gedränge, so daß ich die Wahrheit gestehen mußte. Seit der Verhaftung sah ich Friedmann ein einziges Mal beim Commissar. Er bat mich, die Hotelrechnung zu bezahlen, von 1000 Francs, welche er von Berlin erwartete. Das Geld ist angekommen, wird aber vorläufig nicht ausgefolgt. Ich lebe von 20 Fr., welche mir der Commissar gab. Gestern erhielt ich ein Billet zu Rossinis „Tell“. Ich war dort, war aber zu sehr Gegenstand allgemeiner Aufmerksamkeit; sogar Briefe wurden mir zugestellt. Ich verließ die Vorstellung vor Beendigung. Meine Eltern erfahren durch sie zuerst, daß ich vorläufig im hiesigen Theater als Tänzerin auftrete, dann Chansonetten einstudiren und nach Paris gehen werde. Friedmann ging in Paris nicht müßig und war auf dem besten Wege, eine Stellung zu erlangen. Wir mußten aber nach Algier, dort war es herrlich. Auf dem Schiffe „Tarn“ suchte man, als es in Bordeaux anlangte, einen Anarchisten. Der Hafencommissar visirte auch uns, ging aber weiter. Erst fünf Tage später erfolgte hier die Verhaftung.

Berlin, 25. Febr. (Tel.) Nach einem Telegramm des „Lok.-Anz.“ aus Bordeaux wurde Dr. Friedmann gestern in Bordeaux vom Oberstaatsanwalt vernommen. Er erzählte unaufgefordert, daß er ein zweibändiges Buch in französischer Sprache unter dem Titel „Kaiser Wilhelm II. und die Revolution von oben“ geschrieben habe, für welches ihm der Verleger Ollendorff in Paris 70 000 Francs gezahlt habe. Das Buch werde demnächst erscheinen. Nachmittag wurde Friedmann noch einmal vom Stellvertreter des Oberstaatsanwalts vernommen. Während der Verhöre wurde ihm die Kette vom Handgelenk gelöst. Er betheuerte energisch seine Unschuld und verlangte, Deutschland solle die Beweise für die ihm zur Last gelegten Verbrechen liefern. Friedmann erklärte, er werde die Erfüllung aller für seine Auslieferung erforderlichen Förmlichkeiten verlangen. Er wünschte ferner den Vorsteher der Advocatenschaft zu befragen, was ihm auch bewilligt wurde. Die Verhandlung in Bordeaux dürfte noch etwa fünf Tage dauern.

Anna Merten darf seit gestern das „Hotel de France“ nicht mehr verlassen. Die Thore des Hotels sind seit gestern früh polizeilich bewacht.

sofern nicht besondere Genehmigung zur vorherigen Ausschachtung nachgesucht und ertheilt ist. Der Tag des Baubeginns ist der Polizeibehörde vorher schriftlich anzuzeigen, die Schlußabnahme ist neu vorgeschrieben.

Bisher unbebaute Grundstücke dürfen in der Regel nicht mehr als bis auf $^3/_4$, Eckgrundstücke nicht mehr als bis auf $^5/_6$ der Grundfläche bebaut werden. Der unbebaute Theil (Hof, Garten) soll mindestens 40 Quadr.-Meter groß sein und mindestens 5 Meter geringste Abmessung haben; bei weniger als 7,5 Meter breiten Grundstücken muß die Hofbreite mindestens 2,5 Meter betragen. Grundstücke von weniger als 15 Meter Tiefe können voll bebaut werden, wenn in bestimmter Weise für ausreichenden unmittelbaren Zutritt von Licht und Luft für alle zum dauernden Aufenthalt von Menschen dienenden Räume gesorgt ist. Die Höhe der Gebäude bis zur Oberkante des Hauptgesimses darf bei einer Straßenbreite bis zu 5 Meter höchstens 7,5 Meter, bei 5 bis 10 Meter breiter Straße 7,5 bis 12,5 Meter, bei noch größerer Straßenbreite $1^1/_4$ derselben, höchstens aber 22 Meter betragen. Die Höhe der Wohn-, Schlaf-, Arbeits- und Verkaufsräume, Küchen und aller sonstigen zum dauernden Aufenthalt von Menschen dienenden Räume soll in der Regel drei Meter betragen, bei Dachwohnungen sowie bei Umbauten von Gebäuden mit niedrigeren Räumen kann eine lichte Höhe von nur 2,5 bis 2,3 Meter unter gewissen Voraussetzungen zugelassen werden. Während bisher außer dem Kellergeschoß nur vier bewohnte Stockwerke zulässig sind, sollen künftig stets fünf Stockwerke zum dauernden Aufenthalt von Menschen errichtet werden dürfen — sofern dies nach der Gebäudehöhe angängig ist — wobei allerdings Keller- und Dachgeschoß, falls sie bewohnt werden sollen, mitzählen. Treppenwände müssen vom Keller- bis einschließlich Dachgeschoß massiv hergestellt werden.

Dachrinnen sollen — zwecks endlicher Anbahnung der Beseitigung der übelständigen oberirdischen Entwässerung über die Bürgersteige — bei Neubauten an die Canalisation angeschlossen werden. Plinthen, Kellerhälse, Schauspinde, Schutzvorrichtungen vor Schaufenstern u. dgl. dürfen bei Bürgersteigen von weniger als 1 Meter Breite überhaupt nicht, bei einer Breite von 1 bis 3 Meter höchstens 13 Ctm., bei größerer Breite höchstens 25 Ctm. über die Baufluchtlinie vortreten. Erker und Balkone dürfen nur in mindestens 10 Meter breiten Straßen. und zwar ansteigend bis zu einem Vorsprunge von 1.50 Meter angelegt werden; in Vorgärten dürfen Erker und Freitreppen auch im Erdgeschoß und, je nach der Tiefe des Vorgartens, mit höchstens 2,5 Meter Ausladung hergestellt werden.

Zur Berathung des Verordnungsentwurfes ist polizeilicherseits ein Termin auf Donnerstag, den 12. März, festgesetzt worden.

* * *

* **Etat für Kunst und Wissenschaft.** Der Etatsentwurf der westpreußischen Provinzial-Verwaltung zur Förderung von Kunst und Wissenschaft pro 1896/97 schließt in Einnahme und Ausgabe mit 40 500 Mk. (500 Mk. mehr als im Vorjahre) ab. Davon entfallen 28 830 Mk. (800 Mk. mehr als bisher) auf das Provinzialmuseum, 7600 Mk. wie bisher auf Subventionen und 4570 Mk. (200 Mk. mehr als bisher) sind der Disposition der Centralcommission vorbehalten. Die Subventionen vertheilen sich wie folgt: dem Botanisch-zoologischen Verein für Westpreußen 1000 Mk., der Naturforschenden Gesellschaft in Danzig 2000 Mk., dem Verein für die Geschichte von Ost- und Westpreußen in Königsberg 300 Mk., dem westpreußischen Geschichtsverein in Danzig 1000 Mk., dem gewerblichen Centralverein für Westpreußen 1000 Mk., der Alterthumsgesellschaft in Graudenz 300 Mk., der Alterthumsgesellschaft in Elbing 300 Mk., dem historischen Verein für den Regierungsbezirk Marienwerder 200 Mk., zur Subvention von Vereinen zur Förderung von Kunst und Wissenschaft 1500 Mk.

* * *

* **Provinzial-Hilfskassen- und Meliorations-Fonds.** Wie aus dem Geschäftsbericht der Provinzialverwaltung für das Verwaltungsjahr 1895/96 hervorgeht, sind im Kalenderjahre 1895 814 450 Mark an Darlehen zur Auszahluug gelangt, während sich die zufolge Amortisation oder Kündigung zurückgezahlten Darlehnsbeträge auf 548 066 Mk. belaufen. Von der V. Ausgabe von $3^1/_2$procentigen Provinzial-Anleihescheinen waren am Ende des Etatsjahres 1895/96 noch Anleihescheine im Betrage von 7 653 400 Mk. im Umlaufe, 846 000 Mk. waren durch Rückzahlung getilgt. Da der baare Bestand des Provinzial-Hilfskassen- und Meliorations-Fonds beinahe erschöpft war, so mußte, um den Anforderungen des Etatsjahres 1896/97 genügen zu können, mit der VI. Ausgabe von Anleihescheinen im Betrage von 2 Millionen Mark begonnen werden, für welche in dem allerhöchsten Privileg vom 2. Mai 1887 ein Zinsfuß von $3^1/_2$—4 Procent festgesetzt war. Die Provinzialverwaltung wendete sich, wie wir s. Z. mitgetheilt haben, an das Ministerium mit der Bitte, die Bestimmungen des Privilegs dahin zu ändern, daß mit Rücksicht auf die veränderte Lage des Geldmarktes der Zinsfuß auf 3—$3^1/_2$ Proc. festgelegt werde. Die Minister stellten die Erfüllung des Gesuches in Aussicht, wenn die Provinzial-Hilfskasse auch ihrerseits ihre Zinssätze für Darlehen ermäßigen würde. Die Provinzialverwaltung erklärte ihre Bereitwilligkeit hierzu und beschloß, wenn 3procentige Anleihescheine zu einem Cours, der nicht niedriger sein dürfe wie 95 Proc., begeben werden könnten, den Zinsfuß für Kreise, Gemeinden, andere communalen Verbände, Stiftungen, Corporationen und Genossenschaften auf $3^3/_4$ Proc., für Grundbesitzer und Gewerbetreibende auf $4^1/_4$ Proc. herabzusetzen. Die Verhältnisse den Geldmarktes änderten sich inzwischen und die Provinzialverwaltung schloß endlich mit den Bankhäusern Delbrück, Leo u. Co. und F. W. Krause u. Co. in Berlin ab, welche sich bereit erklärten, für 2 Millionen Mk. $3^1/_2$proc. Anleihescheine zum Preise von 101,06 Mk. pro 100 Mk. zu übernehmen, wodurch ein Coursgewinn von 21 200 Mk. erzielt würde. Es ist der höchste Preis, der bis jetzt für $3^1/_2$procentige westpreußische Provinzal-Anleihescheine erreicht worden ist. Die früheren Ausgaben sind zu dem Preise von 94,25 bis 98,25 Mk., durchschnittlich 97,40 Mk. pro 100 Mk. begeben worden. Außerdem war die Offerte bedingungslos abgegeben und der Provinzial-Verwaltung steht es demnach frei, von der Aenderung des Privilegs betreffend die Verringerung des Zinsfußes der Anleihescheine Gebrauch zu machen und den Tilgungsfonds zu verstärken, sowie sämmtliche noch umlaufende Antheilscheine zur Einlösung zu kündigen, sobald ein geeigneter Zeitpunkt eintritt, in welchem der Cours für 3procentige Papiere ein befestigter und günstiger ist.

* * *

* **Von der Weichsel.** In Folge des anhaltenden Frostes treibt in der ungetheilten Weichsel nun wieder neues Grundeis erheblich stärker. Das Wasser fällt langsam weiter. Heutiger Wasserstand bei Thorn (laut telegraphischer Meldung) 0,60 Meter.

In der **unteren Nogat** hat die Eisstopfung wieder eine solche Festigkeit erlangt, daß sie bei Zeyer und Einlage von Fuhrwerken passirt werden kann. Die Verkehrsverhältnisse sind nach einer Unterbrechung von zwei Wochen wieder normale. Nach Privatmessung hat die Stopfung streckenweise eine Dicke von 2 bis 3 Metern; doch besteht sie meistens aus Schlammeismassen.

* * *

* **Bildungsverein.** Der gestern im Allgemeinen Bildungsverein veranstaltete Unterhaltungsabend erfreute sich eines sehr regen Besuches, so daß der geräumige Saal und die Logen des Bildungsvereinshauses bis auf den letzten Platz gefüllt waren. Eingeleitet wurde der Abend durch den von der Liedertafel gesungenen schwungvollen Männerchor „Macht des Gesanges“ von Methfessel, hierauf folgten Sologesänge und declamatorische Vorträge. Den Schluß bildete ein flott gespieltes Theaterstückchen.

* * *

* **Verein zur Förderung des Mädchenwohls.** In der Scherler'schen Schule fand gestern unter dem Vorsitz des Directors derselben, Herrn Dr. Scherler, eine Generalversammlung des Vereins statt, in der die Schriftführerin des Vereins, Frau Bauinspector Radtke, über die Wirksamkeit des Vereinsbureaus zur unentgeltlichen Unterbringung tüchtiger Dienstboten Bericht erstattete. Wir entnehmen demselben, daß die Zahl der Stellengesuche im letzten Jahre 230 (gegenüber 194 im Vorjahre) betrug; in 95 Fällen konnten die Bewerberinnen in geeigneten Stellen untergebracht werden. Im Interesse der guten Sache wäre es zu wünschen, betonte die Rednerin, daß immer mehr Haushaltungsvorstände sich dem Verein anschlössen, um auf diesem Wege auch ihrerseits zur Hebung des Dienstbotenstandes beizutragen. Sodann berichtete der stellvertretende Vorsitzende, Herr Lehrer Dieball, über die Einrichtung einer Haushaltungsschule für weibliche Dienstboten. Seitens der Generalversammlung wurde die Zweckmäßigkeit derselben anerkannt, und es sollen zunächst zweimal wöchentlich Unterrichtsstunden für weibliche Dienstboten und solche, die es werden wollen, abgehalten werden. Aufnahmegesuche und eventuelle Anfragen an den Verein werden in dem Jopengasse 10 belegenen Bureau desselben entgegengenommen.

* * *

* **Staatliche Beihilfen an Schulverbände.** Der Cultusminister hat auf den Bericht einer Regierung entschieden, daß die Auffassung, als ob staatliche Beihilfen nur an solche Schulverbände geleistet werden sollen, welche mit Schulabgaben in Höhe von über 75 Proc. der Staats- und staatlich veranlagten Steuern belastet sind, nicht zutreffend ist. Neben den Schullasten soll vielmehr auch auf die anderen öffentlichen Abgaben, sowie auf die besonderen wirthschaftlichen und Erwerbsverhältnisse der Gemeinden billige Rücksicht genommen werden. Demgemäß ist auch zugelassen, daß in denjenigen Fällen, in denen die Gemeinden in besonders ungünstigen Verhältnissen sich befinden, die Schullasten bis auf 50 Proc. der genannten Steuern und ausnahmsweise auch darunter ermäßigt werden können, während in anderen Fällen, in denen die Steuerkraft der Gemeinden eine besonders hohe ist, eine Belastung für die Zwecke der Volksschule bis zu 100 Proc. der Staatssteuern gefordert werden muß.

* * *

* **„Allgemeine Ausstellung“ in Danzig.** Für diese Ausstellung, welche bekanntlich nunmehr im Freundschaftlichen Garten stattfinden wird, sollen im letzteren drei neue Hallen aufgestellt werden, von denen eine 56 Meter lang und 8 Meter breit, eine $19^1/_2$ Meter lang und 10 Meter breit, die dritte endlich etwa 10 Meter lang und 5 Meter breit ist.

* * *

* **Ausstellung von Photographien.** In drei großen Tableaux, welche etwa 80 einzelne Bilder in geschmackvoller Zusammenstellung enthalten, sind in dem Atelier des Herrn Georg Fast eine Anzahl von Aufnahmen vereinigt worden, welche im Laufe der letzten Jahre in der hiesigen Kriegsschule gemacht worden sind. Wir bemerken unter denselben die gelungenen Gruppen aus den Veranstaltungen zur Feier des letzten Sedantages, über welche wir s. Z. berichtet haben. Andere Gruppen wissen von weiteren Festlichkeiten zu berichten, wieder andere Aufnahmen. die zum Theil bei künstlichem Licht erfolgt sind, geben das häusliche Leben in der Kriegsschule wieder und zeigen uns die lustigen Fähndriche bei der ernsten Arbeit. Die Tableaux werden in dem Schaufenster der Firma W. F. Burau ausgestellt und später ihren Platz in dem Casino der Kriegsschule erhalten.

* * *

* **Vortrag.** Der zu gestern im Gewerbehause angekündigte Vortrag des Herrn Klempnermeisters Theodor Klabs über die Entstehung und Entwickelung des Klempnergewerbes mußte wegen mangelnder Betheiligung ausfallen, er soll nunmehr künftigen Montag gehalten werden.

* * *

* **Excess.** Der Arbeiter Karl Sp. drang gestern Nachmittag in die Wohnung des Handelsmanns Apel in Schidlitz ein und mißhandelte denselben ohne jede Veranlassung, so daß polizeiliche Hilfe requirirt werden mußte. Als er in das Ortsgefängniß abgeführt werden sollte, unternahm er einen Fluchtversuch, wurde aber eingeholt. Dann leistete er energischen Widerstand und demolirte im Ortsgefängniß die Fensterscheiben.

* * *

* **Strafkammer.** Die Arbeiterfrau Julianne Böh aus Zoppot hatte sich heute wegen schweren Diebstahls zu verantworten. Die Angeklagte besuchte Ende v. J. die Frau Kerschke in Neustadt und soll die Zeit, in der jene sich aus dem Hause entfernen mußte, dazu benutzt haben, mit einem Messer einen verschlossenen Kasten zu erbrechen und aus demselben 107 Mark zu entwenden. Sie gab heute den Diebstahl zu und wollte den Kasten nur mit dem richtigen Schlüssel geöffnet haben, welcher ihr zufällig in die Hände gefallen sei. Durch die Beweisaufnahme wurde festgestellt, daß die B. den Schlüssel nicht gehabt haben kann. Der Gerichtshof stellte einen Vertrauensbruch schwerster Art fest, da die Kerschke die Angeklagte nur aus Mitleid aufgenommen hatte; es wurden der B. daher mildernde Umstände abgesprochen und sie zu einem Jahre Zuchthaus, 2 Jahr Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurtheilt. Wegen Fluchtverdachts wurde sie sofort in Haft genommen. — Die Plätterin Pauline Kuhn von hier war wegen Kuppelei angeklagt. In nichtöffentlicher Verhandlung wurde ferner festgestellt, daß sie dem Schutzmann Stramm, als dieser bei ihr eine Haussuchung vornahm, 20 Mk. in die Hand gedrückt hatte, wenn er „ein Auge zudrücke“. Der Gerichtshof erkannte auf 6 Monat Gefängniß, einjährigen Ehrverlust und auf Stellung unter Polizeiaufsicht.

* * *

* **Sturz.** Vom Dache der Steiff'schen Brauerei in der Halbengasse stürzte heute früh der Schornsteinfegergeselle Kotarski auf den Hof herab, wodurch er sich einen Schädelbruch und schwere Quetschungen des Gesichts zuzog. Er wurde sofort nach dem Lazareth in der Sandgrube gebracht. Sein Leben schwebt in Gefahr.

* * *

Polizeibericht für den 25. Febr. Verhaftet: 18 Personen, darunter: 1 Person wegen Hausfriedensbruchs, 1 Person wegen groben Unfugs, 1 Person wegen Diebstahls, 3 Personen wegen Trunkenheit, 3 Bettler, 8 Obdachlose. — Zugelaufen: 1 junger weiß-schwarzer Jagdhund, abzuholen von der Schmiedefrau Selma Lischeck, Hohe Seigen Nr. 7, 1 Tr. — Gefunden: 1 silberne Damen-Remontoiruhr mit doppelter Kette und Quasten, abzuholen von der Böttcherfrau Anna Schremm, Heiligenbruner Communicationsweg Nr. 2; 1 Kinderlederschuh, abzuholen aus dem Fundbureau der königl. Polizei-Direction.

Landwirthschaftskammer für die Provinz Westpreußen.

Danzig, 24. Febr.

Die beiden nächsten Punkte der Tagesordnung betrafen die Beschlußfassung über die Bildung eines **Ausschusses zur Förderung des Vereinswesens** zwecks Herstellung eines organischen Verbandes zwischen der Landwirthschaftskammer und den bisherigen lokalen Gliederungen des Centralvereins und die Beschlußfassung über die Uebernahme der Anstalten, des gesammten Vermögens, sowie der Rechte und Pflichten des Centralvereins. Auf den Vorschlag des Vorsitzenden wurde über diese beiden Punkte, über deren Inhalt wir auf Grund der von der Hauptverwaltung aufgestellten Motive auch bereits berichtet haben, zusammen verhandelt und zunächst in die Generaldiscussion eingetreten. Herr Henkel-Chelmonie war der Ansicht, daß es nicht angehen werde, den Ausschuß in der geplanten Weise in's Leben zu rufen. Zur Zeit gehören mehr als 120 Zweigvereine dem Centralverein an, sie würden sich noch vermehren, wenn der Ausschuß gebildet worden sei und jedem Verein das Recht eingeräumt werde, einen Delegirten in denselben zu schicken. Er schlage vor, die lokalen Organisationen in größere Kreisvereine, welche etwa das Gebiet eines Wahlbezirkes zu umfassen hätten, zu vereinigen und diesen das Recht, Delegirte zu entsenden, zu gewähren. Jedenfalls dürfe die Zahl der Vertreter der Vereine nicht größer sein, als die Zahl der Mitglieder der Kammer. Auch Herr Graf Königsmark-Kamnitz hält es für bedenklich, den Vereinen so viele Befugnisse zu überweisen. Die Kammer habe in erster Linie die Pflicht der Selbsterhaltung und es könnte leicht kommen, daß sie in die Lage geriethe, mit mehr als 250 Delegirten der Vereine zu verhandeln. — Herr Dörksen-Amsee warnt vor Uebereilung. Man müsse die Rechte der Lokalvereine wahren, die Rechte der Kammer seien ja gesetzlich festgesetzt. Es sei namentlich gegen die Bestimmung, daß die Mitglieder der angeschlossenen Vereine zwar das Recht erhalten sollen, den Berathungen beizuwohnen, doch ohne beschließende und berathende Stimme. Ferner wünsche er, daß jeder Lokalverein auch seinen Vertreter selbst wähle. Herr Pferdmenges-Rahmel kann sich die Landwirthschaftskammer ohne die Lokalvereine gar nicht vorstellen. sie könnte ihre Aufgabe ohne Hilfe der Vereine nicht durchführen, denn Mitglieder derselben seien alle die, welche sich um die Landwirthschaft ganz besonders verdient gemacht hätten. Fiele die Mitwirkung der Vereine fort, dann würden die Kammern ganz auf dem Trockenen sitzen. Er bitte deshalb, die wirklich ausgezeichneten Vorschläge der Hauptverwaltung des Centralvereins anzunehmen. Herr Steinmeyer-Grabowo wendet sich zunächst gegen die Bildung von Kreisvereinen; schon jetzt habe sich gezeigt, daß die Einführung von Zwischeninstanzen der Entwickelung des landwirthschaftlichen Vereinswesens nicht förderlich gewesen sei. Was Herr Dörksen wünsche, habe er auch zuerst angestrebt, doch ständen dem die Bestimmungen des Gesetzes entgegen. Den den Verhandlungen beiwohnenden Mitgliedern sei bis jetzt schon immer eine berathende Stimme eingeräumt worden und das werde wohl auch in der Zukunft geschehen. In längerer Rede widerlegte dann der Vorsitzende Herr v. Puttkamer die gegen den Ausschuß erhobenen Bedenken. Er erinnerte daran, daß die Kammer wohl das Recht, aber nicht die Pflicht habe, von jedem Verein einen Delegirten zu acceptiren, es würde sich vielleicht empfehlen, daß nur Vereine, die eine gewisse Anzahl von Mitgliedern hätten, Delegirte präsentiren dürften. Er würde es sehr bedauern, wenn man das Präsentationsrecht Kreisvereinen übertragen wollte, denn dann würde das Interesse an den kleinen Vereinen abnehmen, und gerade diese seien der Hauptausgangspunkt der landwirthschaftlichen Vereinsthätigkeit. Er für seine Person würde wünschen, daß einmal ein paar hundert Delegirte landwirthschaftlicher Vereine zusammen kämen, so daß dieser Saal nicht ausreiche, aber in diese Verlegenheit würde man wohl kaum kommen, denn bei den bisherigen Sitzungen des Verwaltungsraths wären kaum mehr als 60 oder 70 Delegirte anwesend gewesen. Ohne den Unterbau der landwirthschaftlichen Vereine würde die Landwirthschaftskammer in der Luft schweben. Auch die Befürchtungen des Herrn Grafen Königsmark halte er nicht für zutreffend, denn die Kammer habe das Geldbewilligungsrecht und halte den Daumen auf dem Beutel; der Ausschuß könne ohne ihre Bewilligung keine Sprünge machen. Das Vereinswesen werde allmählich einschlafen, wenn es von der Kammer losgelöst wäre und der Anregung von außen entbehre. Es müßte doch auch darauf Rücksicht genommen werden, daß der Centralverein der Kammer bedeutende Vermögensobjecte übergeben habe, und es würde dem Ansehen der Kammer keinen Abbruch thun, wenn sie auch künftighin mit den Vereinen, die so Großes geschaffen hätten, Hand in Hand ginge. Schließlich sei auch noch darauf Rücksicht zu nehmen, daß Männer, die seit mehr als 25 Jahren in den Vereinen für die Landwirthschaft gewirkt hätten, durch die neue Organisation ausgeschlossen seien und nur so der Landwirthschaft erhalten blieben. Er bitte daher, der zur Vorbereitung dieser Angelegenheit zu wählenden Commission keine Directiven zu geben, da sonst ein Concurrenzkampf entstehen werde, der unsere Provinz schädige. Es wurde dann beschlossen, zur Vorbereitung dieser beiden Punkte der Tagesordnung eine Commission von 7 Mitgliedern zu ernennen, in welche die Herren Krech-Althausen, v. Müllern-Goßnow, Wilkens-Sypniewo, Abramowski-Jaikowo, v. Kries-Roggenhausen, Dörksen-Wossitz und v. Puttkamer-Plauth gewählt wurden.

Die Kammer berieth dann über die den Mitgliedern etwa zu gewährenden Entschädigungen für die Theilnahme an den Sitzungen der Kammer und bei Ausführung besonderer Aufträge. Der Vorsitzende schlug vor, das Reisegeld für die zweite Klasse, sowie einen Diätensatz von 10 Mk. pro Tag zu gewähren. Von einigen Rednern wurde vorgeschlagen, überhaupt auf Entschädigung zu verzichten, während von anderer Seite darauf aufmerksam gemacht wurde, daß es dann minder gut situirten Landwirthen unmöglich gemacht werde, eine Wahl in die Kammer anzunehmen. Es wurde beschlossen, diese Angelegenheit zur Vorberathung der Etatscommission zu überweisen

Aus dem Etat für das Jahr 1896/97 theilte Herr Steinmeyer mit, daß 24 000 Mk. von der Regierung mehr als in früheren Jahren zur Disposition des Ausschusses gefordert werden würden. An Umlagen sollten von der Provinz 17 000 Mk. eingefordert werden, und zwar 7500 Mk. Unkosten für die Landwirthschaftskammer, 8500 Mk. als Ersatz für die künftig wegfallenden Beiträge der Vereine und 1000 Mk. für sächliche Kosten. Die Umlage fordere von den wahlberechtigten Mitgliedern etwa $^1/_{11}$ bis $^1/_{12}$ des Grundsteuer-Reinertrages. Es wurde beschlossen, die Feststellung des Etats, sowie die Beschlußfassung über die Kassenverwaltung einer Commission zu überweisen, welche aus den Herren Schrewe-Prangschin, Steinmeyer-Grabowo, Dörksen-Amsee, Paesler-Mienthen, Graf Königsmark-Kamnitz, Heine-Narkau und Lippke-Podwitz besteht.

Von den Commissionen, an deren Berathungen sich auch als Commissar der königlichen Regierung Herr Regierungsrath Delbrück betheiligte, wurde beschlossen, die nächste Plenarsitzung Dienstag Mittag 12 Uhr zu beginnen. Schluß der Sitzung $3^1/_2$ Uhr. Um 4 Uhr folgte ein gemeinsames Mittagsmahl im Schützenhause.

*

Danzig, 25. Februar.

Zweiter Sitzungstag.

Der Vorsitzende eröffnete um 12 Uhr die Sitzung und ertheilte vor Eintritt in die Tagesordnung Herrn Ebeling-Kunzendorf das Wort, welcher eine Petition mehrerer Molkereipächter verlas, in welcher die Landwirthschaftskammer ersucht wird, geeignete Schritte zur Herbeiführung einer Collectiv-Ausstellung westpreußischer Molkereiproducte in der diesjährigen Molkerei-Ausstellung in Berlin zu thun. Nachdem Herr Steinmeyer darauf aufmerksam gemacht hatte, daß die Molkerei-Section bereits die Beschickung der Ausstellung in Graudenz vorgesehen habe, wurde beschlossen, den Antrag der Molkerei-Section zur Prüfung zu überweisen.

Der Vorsitzende verlas dann folgendes, eben eingegangenes Telegramm aus dem Civilcabinet des Kaisers:

An den Herrn Vorsitzenden der Landwirthschaftskammer.

Danzig.

Seine Majestät der Kaiser und König haben den Huldigungsgruß der heute zum ersten Male zusammengetretenen Landwirthschaftskammer für die Provinz Westpreußen mit Freude und Dank entgegenzunehmen geruht und lassen den Berathungen der Kammer besten Erfolg wünschen.

Auf allerhöchsten Befehl

v. Lucanus. Geh. Cabinetsrath.

Im Auftrage der **Wahlprüfungscommission** erstattete dann Herr Meyer-Rottmannsdorf den Bericht. Ein Protest liege nicht vor, es seien überhaupt nur kleine unbedeutende Formfehler vorgekommen, so daß von einer Ungiltigkeitserklärung nicht die Rede sein könne. Die Kammer nahm von dem Berichte ohne Debatte Kenntniß.

Es wurden nunmehr die **Wahlen der noch übrigen drei Mitglieder**, die die Kammer gestern auf heute verschoben hatte, vorgenommen, und zwar wurden die Herren Holz-Parlin und Grunau-Lindenau durch Zuruf, Herr v. Oldenburg-Januschau durch Zettelwahl mit 37 von 58 Stimmen gewählt.

Ueber die Beschlüsse der Commission zur Prüfung der Punkte 6 und 7 der Tagesordnung betreffend **Bildung eines Ausschusses und Auflösung des Centralvereins westpreußischer Landwirthe** berichtete als Referent Herr v. Kries-Roggenhausen. Die Commission habe sich mit den gemachten Vorschlägen eingehend beschäftigt und sei nur zu unbedeutenden Aenderungen gekommen, welchen er zuzustimmen bitte. Es könne wohl manches anders gemacht werden, aber wohl kaum besser. Die Berathung über die Vereine, welche sich noch in Zukunft bilden und dem Ausschusse anschließen würden, soll später berathen werden. Es werde der Kammer bei ihrer nächsten Tagung ein Normalstatut vorgelegt werden, in dem diese Frage ihre Regelung erfahren würde. Aus den Aenderungen der Commission theilen wir mit, daß der Passus: „die Mitglieder der angeschlossenen Vereine haben das Recht, den Verhandlungen des Ausschusses beizuwohnen, jedoch ohne berathende oder beschließende Stimme“, im Interesse der Geschäftsordnung gestrichen werden soll, da die Rechte der Vereine durch ihre Delegirten genügend gewahrt würden. Diese Delegirten werden Tagegelder nicht beziehen, ebenso auch die Delegirten, welche Mitglieder der Landwirthschaftskammer sind, mit Ausnahme der Mitglieder des Vorstandes. Es wurde schließlich nach kurzer unwesentlicher Debatte nach den Aenderungsvorschlägen der Commission die Bildung des Ausschusses mit der Maßgabe angenommen, daß die Vereine außer den Delegirten noch einen Stellvertreter zu wählen haben.

Auch die **Uebernahme der Rechte und Pflichten des Centralvereins** wurde nach einem kurzen Referate des Herrn v. Kries, in welchem derselbe erklärte, daß keine Veranlassung für die Kammer vorliege, den auf längere Zeit mit der Verlagsbuchhandlung von A. W. Kafemann betreffend die Herausgabe der „Westpreußischen Landwirthschaftlichen Mittheilungen“ geschlossene Contract zu ändern, ohne Debatte erledigt.

Als Referent der Etatscommission berichtete Herr Steinmeyer-Grabowo über die **Diätenfrage.** Die Commission habe beantragt, 10 Mk. Diäten per Tag und Reisekosten vom Heimathsorte bis Danzig auf einfaches Billet II. Klasse zu gewähren. Die Mitglieder der Commissionen beziehen die Sätze der staatlichen Körungs-Commissionen. Nach kurzer Debatte wurden diese Vorschläge angenommen.

Die Kammer trat nunmehr in die Berathung des Etats pro 1896/97 ein. Der Etat balancirt in Einnahme und Ausgabe mit 183 974 Mk. und zwar entfallen auf Geschäftskosten 81 821 Mk., Unterhaltung des Hauses 917 Mk., Pensionsfonds 3438 Mk., Dispositionsfonds 3000 Mk., zur Disposition des Ausschusses 145 000 Mk. Von den dem Ausschuß überwiesenen Fonds sollen verwendet werden: für Pferdezucht 42 700 Mk., Rindviehzucht 27 400 Mk., Molkerei 4150 Mk., Schweinezucht 6000 Mk., Ackerbau 27 500 Mk., Fischerei 650 Mk., Bienenzucht 1000 Mk., für wirthschaftliche Zwecke 35 094 Mk. und zur Abrundung 506 Mk. — Der Etat wurde nach unwesentlicher Debatte angenommen.

Aus den Provinzen.

© **Aus dem Kreise Flatow,** 24. Febr. Eine große **Feuersbrunst** zerstörte heute Nachmittag das **halbe Dorf Grünlinde.** Abgebrannt sind 9 Wohnhäuser nebst den dazu gehörigen Wirthschaftsgebäuden. Auch die Schule ist in Rauch aufgegangen. In den Flammen ist ein **Kind umgekommen.**

Neuenburg, 23. Febr. Heute Nacht zwischen 2 und 3 Uhr **brannten** die Gebäude der Wittwe Wenke in Michelau nieder. Sämmtliches Vieh, 15 Rinder und Kälber sowie 6 Pferde kamen in den Flammen um.

Königsberg, 24. Febr. Die **Erziehungsanstalten** in der Königsstraße **brennen** — diese Kunde pflanzte sich heute Morgen um 8 Uhr von Mund zu Mund fort, und wenige Minuten später jagte die Feuerwehr mit Dampf- und Handdruckspritzen von allen Seiten durch die Straßen zur Brandstätte. Schon brannte der Dachstuhl und die Flammen schlugen überall empor, denn die zahlreichen auf dem Boden lagernden Gegenstände gaben dem Feuer die reichste Nahrung, so daß es sich blitzschnell verbreitete. Die Feuerwehr entsandte sofort mit einer Dampf- und einer Handdruckspritze mächtige Wasserstrahlen in das brennende Gebäude; dennoch aber erforderte es eine zweistündige energische Thätigkeit bis das Feuer völlig gelöscht und jede Gefahr beseitigt war. Jedenfalls liegt böswillige Brandstiftung seitens eines der dort zur Erziehung überwiesenen Knaben vor. (K. A. Z.)

Lötzen, 21. Febr. Am Mittwoch Nachmittag ging der Besitzer August Weiß aus Gutten in Geschäften nach Camionken und kehrte trotz des Versprechens baldiger Wiederkehr nicht zurück. Als am folgenden Morgen Frau W. ihren Mann suchen ließ, wurde seine **Leiche** etwa 50 Schritt von seiner Wohnung entfernt in einer großen Blutlache aufgefunden. Es wurde ein Schädelbruch constatirt, der auf einen Schlag mit einem stumpfen Gegenstand schließen läßt. Der Verdacht, den Mord begangen zu haben, lenkt sich auf einen jungen Menschen, der viel im Hause des Erschlagenen verkehrt hat.

O **Meseritz,** 24. Febr. Vor dem hiesigen Schwurgericht hatte sich heute **der Bürgermeister Hermann Gruschke** aus Brätz wegen Beiseiteschaffung von Urkunden in sechs und Unterschlagung amtlicher Gelder in zwei Fällen zu verantworten. Im November v. J. ist Gruschke von der hiesigen Strafkammer wegen Unterschlagung, Untreue, Betruges und Urkundenfälschung zu drei Jahren Gefängniß verurtheilt worden. Unter Wegfall dieser Strafe wurde er heute zu einer Gesammt-Zuchthausstrafe von vier Jahren, 300 Mark Geldstrafe und den Nebenstrafen verurtheilt.

Mk. Friedland, 24. Febr. Auf dem hiesigen **jüdischen Friedhofe** sind, wie heute festgestellt wurde, von ruchloser Hand **22 Denkmäler umgerissen** und zum Theil zertrümmert worden.

Vermischtes.

Berlin, 25. Febr. In einem Neubau in der Chausseestraße ist heute eine **Mauer eingestürzt.** Drei Arbeiter wurden unter den Trümmern begraben. Der eine ist todt, die anderen beiden sind leicht verletzt. Der Bau wurde alsbald polizeilich geschlossen.

Rom, 25. Febr. (Tel.) Der Sohn des Senators **Bacelli,** ein Neffe des gleichnamigen **Ministers,** hat sich heute in seinem photographischen Atelier vor dem Bilde einer als Schönheit und Romanschriftstellerin gefeierten **Marchesa erschossen.**

Warschau, 25. Febr. (Tel.) In ganz **Transkaukasien** herrschen seit einigen Tagen heftige **Schneestürme,** viele Ortschaften sind verschüttet, einzelne Häuser zerstört und der Bahnverkehr ist unterbrochen. Die Flüsse steigen, eine Ueberschwemmung wird befürchtet.

Standesamt vom 25. Februar.

Geburten: Hilfsbahnwärter Hermann Götze, S. — Schriftsetzer Felix Müller, S. — Arbeiter Johann Czoska, S. — Kutscher Franz Krause, S. — Arbeiter Ferdinand Frost, T. — Schmiedegeselle Vincent Knoff, T. — Arbeiter Johannes Gengstock, S. — Arbeiter Anton Wolff, S. — Schuhmachergeselle Otto Haak, T. — Schmiedegeselle Paul Förster, T. — Graveur Hugo Lippke, S. — Musiker Bruno Splittgarb, T. — Seefahrer Gustav Zarrucha, T. — Schmiedegeselle Rudolf Berliner, T. — Unehelich: 1 S. und 3 T.

Aufgebote: Director der westdeutschen Handels- und Plantagen-Gesellschaft Friedrich Georg Paetsch in Düsseldorf und Gertrud Borchardt hier. — Schuhmachergel. Gottfried Pahlke und Maria Krisan, beide hier.

Todesfälle: S. d. Arbeiters Ferdinand Schulz, 1 J. — Bauunternehmer Karl August Brose, 39 J. — Frau Auguste Pelz, geb. Ewert, 33 J. — S. d. Militär-Invaliden Ferdinand Görtz, 17 T. — S. d. Rentiers Gustav Schlichriede, 5 J. 3 M. — Unehel.: 1 T.

Danziger Börse vom 25. Februar.

Weizen loco fester, per Tonne von 1000 Kilogr.

feinglasig u. weiß	725—820 Gr.	122—158 M Br.	93—155 M bez.
hochbunt	725—820 Gr.	120—156 M Br.	
hellbunt	725—820 Gr.	118—155 M Br.	
bunt	740—799 Gr.	116—154 M Br.	
roth	740—820 Gr.	109—154 M Br.	
ordinär	704—760 Gr.	100—148 M Br.	

Regulirungspreis bunt lieferbar transit 745 Gr. 114 M, zum freien Verkehr 756 Gr. 150 M.

Auf Lieferung 745 Gr. bunt per April-Mai zum freien Verkehr 153—152½ M bez., transit 117 M Br., 116½ M Gd., per Mai-Juni zum freien Verkehr 153 M Br., 152½ M Gd., transit 117 M Br., 116½ M Gd., per Juni-Juli zum freien Verkehr 155 M Br., 154½ M Gd., transit 119 M Br., 118½ M Gd., per Septbr.-Oktbr. zum freien Verkehr 152 M bez., transit 117½ M Br., 117 M Gd.

Roggen loco ohne Handel, per Tonne von 1000 Kilogr.

Regulirungspreis per 714 Gr. lieferbar inländ. 113 M, unterp. 78 M, transit 76 M.

Auf Lieferung per April-Mai inländ. 116 M bez., unterpol. 81½ M bez., per Mai-Juni inländ. 117 M bez., unterpoln. 82½ M bez., per Juni-Juli inländ. 118½ M Br., 118 M Gd., unterpoln. 84 M bez., per Septbr.-Oktbr. inländ. 121 M Br., 120½ M Gd., unterpolnisch 86½ M Br., 86 M Gd.

Gerste per Tonne von 1000 Kilogr. große 692 Gr. 110 M bez.

Hafer per Tonne von 1000 Kilogr. inländischer 98 M bez.

Kleesaat per Tonne von 100 Kilogr. weiß 82 M bez.

Kleie per 50 Kilogr. zum See-Export Weizen 3,70—3,80 M bez., Roggen- 3,65 M bez.

Viehmarkt.

Danzig, 25. Febr. (Central-Viehhof.) Es waren zum Verkauf gestellt: Bullen 32, Ochsen 26, Kühe 46, Kälber 146, Hammel 69, Schweine 582 Stück.

Bezahlt wurde für 50 Kilogr lebend Gewicht: Bullen 1. Qual. 30—31 M, 2. Qual. 28—29 M, 3. Qual. 24—26 M, Ochsen 1. Qual. — M, 2. Qual. 26—28 M, 3. Qual. 24—25 M, Kühe 1. Qual. — M, 2. Qual. 24—26 M, 3. Qual. 22—23 M, Kälber 1. Qual. 35 M, 2. Qual. 33—34 M, 3. Qual. 28 bis 30 M, Hammel 1. Qual. 21—22 M, 2. Qual. 18 bis 20 M, 3. Qual. — M, Schweine 1. Qual. 33 M, 2. Qual. 30—32 M, 3. Qualität 28—29 M. — Geschäftsgang: schleppend.

Verantwortlicher Redacteur Georg Sander in Danzig
Druck und Verlag von H. L. Alexander in Danzig

Oeffentliche Zustellung.

Die Handlung **L. Ettinger in Posen** klagt gegen den früheren Postgehilfen **Bolislaus Frydrychowicz,** früher zu **Graudenz,** zuletzt zu **Neuteich,** jetzt unbekannten Aufenthalts unter der Behauptung, daß zur Zurückzahlung einer vom Kläger bei der Königlichen Regierung zu Posen in dem Arrestverfahren gegen Beklagten IV. G. 38/94 hinterlegten Sicherheits-Caution von 200 M es von der Beibringung einer seitens des Beklagten auszustellenden gerichtlichen oder notariellen Einwilligungserklärung abhängig gemacht wird, eine solche aber vom Beklagten bisher nicht zu erlangen war, mit dem Antrage:

den Beklagten kostenpflichtig zu verurtheilen, darin zu willigen, daß dem Kläger die in Arrestsachen Ettinger contra Frydrychowicz IV. G. 38/94 zu Folge Verfügung des Königlichen Amtsgerichts zu Danzig vom 24. Mai 1894 bei der Königlichen Regierung Hinterlegungsstelle zu Posen hinterlegte Sicherheitsleistung von 200 M nebst allen Depositalzinsen an ihn zurückgezahlt werde, das Urtheil auch für vorläufig vollstreckbar zu erklären.

Der Kläger ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor das Königliche Amtsgericht Abtheilung VII zu Danzig, Gerichtsgebäude Pfefferstadt, Vorderhaus, Zimmer Nr. 47, auf

den 15. Mai 1896, Vormittags 10 Uhr.

Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.

Danzig, den 21. Februar 1896. (3755

gez. Gruenwald,
Gerichtsschreiber des Königlichen Amtsgerichts VII.

Bekanntmachung.

Die für den technischen Assistenten Georg Ziesmer von uns **unterm 5. Januar 1895** ausgestellte **Legitimation zur Revision** der mit Wasserleitung versehenen Grundstücke ist verloren gegangen und wird hiermit für **ungiltig erklärt.**

Es ist für denselben eine neue Legitimation unterm 13. Februar 1896 ausgestellt worden.

Danzig, den 21. Februar 1896. (3809

Der Magistrat.
Trampe. Toop.

Bekanntmachung.

Meine Bekanntmachung vom 28. November vorigen Jahres, betreffend Verschwinden des Arbeiters **Carl Rohde aus Lamenstein** ist durch Auffinden der Leiche erledigt.

Danzig, den 18. Februar 1896. (3728

Der Erste Staatsanwalt.

Bekanntmachung.

Das Concursverfahren über das Vermögen des Pfarrhufenpächters **Johann Sentkowski** aus Glupp ist durch Schlußvertheilung beendet und wird daher hierdurch aufgehoben.

Graudenz, den 21. Februar 1896.

Königliches Amtsgericht. (3689

Bekanntmachung.

Nachdem durch Beschluß des Amtsgerichts Marienburg vom 27. Dezember 1895 über das Vermögen des Kaufmanns **Johann Kallien zu Lichtfelde** das Concursverfahren eröffnet ist, hat dessen Ehefrau **Martha Kallien geb. Krüger** aus Lichtfelde durch Erklärung vor dem Amtsgericht Marienburg vom 10. Februar 1896 auf Grund des § 421 II 1 des A. L.-R. die bisherige Gemeinschaft der Güter und des Erwerbes aufgehoben. Alles Vermögen, was Frau Kallien erwirbt, oder ihr zufällt, soll die [illegible] des vorbehaltenen Vermögens haben dergestalt, daß [illegible] die freie Verfügung und Nutznießung zusteht. (3712

Marienburg, den 19. Februar 1896.

Königliches Amtsgericht.

Concursverfahren.

Ueber das Vermögen der Handelsfrau **Minna Jacobsohn, geb. Ruben,** in **Freystadt** ist heute am **22. Februar 1896, Vormittags 12 Uhr 20 Minuten,** das Concursverfahren eröffnet. Concursverwalter ist der Rechtsanwalt **Wogan** von hier. Offener Arrest mit Anzeigefrist bis zum **21. März 1896.** Concursforderungen sind bis zum **21. März 1896** bei dem Gericht anzumelden. Erste Gläubigerversammlung den **21. März 1896, Vormittags 10 Uhr.** Allgemeiner Prüfungstermin den **28. März 1896, Vormittags 10 Uhr.** (3693

Rosenberg Westpr., den 22. Februar 1896.

Hoppe,
Gerichtsschreiber des Königlichen Amtsgerichts I.

Verdingung.

Die Anstreicherarbeiten zum Neubau der städtischen Markthalle sollen verdungen werden.

Zeichnungen, Verdingungsunterlagen pp. liegen im Baubureau Halbengasse 4 zur Einsicht aus und können letztere gegen Vergütung der Copialgebühren von dort bezogen werden.

Verschlossene, mit entsprechender Aufschrift versehene Angebote sind bis zum

Montag, den 2. März cr., Vormittags 10 Uhr,

im Baubureau, Halbengasse 4, postfrei einzureichen, woselbst an demselben Tage die Eröffnung der Angebote in Gegenwart etwa erschienener Bieter erfolgt. (3580

Eine Zuschlagsfrist von 14 Tagen bleibt vorbehalten.

Danzig, den 20. Februar 1896.

Der Magistrat.



Angebote auf A: 5264 Stück fertige Achslagerkasten mit Beschlag für Wagen in 6 Loosen B: 1 568 000 Kg. Stahlgußbremsklötze in 12 Loosen sind bis zum 7. März 1896, Vormittags 11 Uhr, postfrei, versiegelt und mit entsprechender Aufschrift an das **Rechnungsbureau Berlin W., Schöneberger Ufer 1—4,** einzureichen. Angebotbogen und Bedingungen sind im **Centralbureau, Zimmer 416,** einzusehen bezw. von dort gegen post- und bestellgeldfreie Einsendung von 6 M baar für A und 50 ₰ baar für B zu beziehen. Zuschlagsfrist bis 28. März 1896.

Berlin, den 21. Februar 1896.

Königl. Eisenbahn-Direction.





Anfang 7 Uhr. Anfang 7 Uhr.

Stadt-Theater.

Direction: **Heinrich Rosé.**

Mittwoch, den 26. Februar 1896.

4. Serie grün. 111. Abonnements-Vorstellung. Passepartout A.

Zum letzten Male in dieser Saison.

Der Obersteiger.

Operette in 3 Acten von M. West und L. Held. Musik von Carl Zeller.

Regie: Max Kirschner. Dirigent: Boris Bruck.

Personen.

Fürst Roderich, Majoratsherr, Besitzer des Bergwerkes Marienzeche	Dr. Rich. Banasch.
Comtesse Fichtenau	Katharina Gaebler.
Bergdirector Zwack	Max Kirschner.
Elfriede, seine Frau	Anna Kutscherra.
Tschieda, Salinen-Adjunkt	Ernst Arndt.
Dusel, Material-Verwalter	Alex. Calliano.
Martin, Obersteiger	Ernst Felsch.
Nelly, Spitzenklöpplerin	Hedwig Hübsch.
Strobl, Wirth	Franz Schieke.
Babette, Stubenmädchen	Henriette Schilling.
Nepomuk, Kilian, Einöder — Bergleute	Paul Martin. Hugo Gerwink. Oscar Steinberg.
Sebastian, Strobach, Rumpel — Bürger	Hermann Duske. Albert Caspar. Heinrich Scholz.
1., 2. Herr	Arnold Lange. Fritz Mischke.

Spitzenklöpplerinnen, Bergknappen, Bürger, Beamtenfrauen, Bergmusikanten u. s. w. Die Handlung spielt in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts an der deutsch-österreichischen Grenze.

Spielplan:

Donnerstag. 112. Abonnements-Vorstellung. P. P. B. 16. Novität. Zum ersten Male. Mit theilweiser Neuausstattung an Decorationen und Costümen. **Comtesse Guckerl.** Lustspiel.

Freitag. 113. Abonnements-Vorstellung. P. P. C. Auftreten von **Antonia Mielke** als Gast für die Saison. **Die Afrikanerin.**

Sonnabend. 114. Abonnements-Vorstellung. P. P. D. **Truffaldino.** Fastnachtsspiel. Hierauf: **Auf eigenen Füßen.** Gesangsposse.

Sonntag Nachmittags 3½ Uhr. Fremden-Vorstellung. Bei ermäßigten Preisen. Jeder Erwachsene hat das Recht, 1 Kind frei einzuführen. **Der Zigeunerbaron.** Operette von Johann Strauß.

Abends 7½ Uhr. Außer Abonnement. P. P. E. 16. Novität. Zum 2. Male. **Comtesse Guckerl.** Lustspiel.

Dienstag, den 3. März. Benefiz für **Alexander Wellig. Fra Diavolo. Die schöne Galathee.**

Nächstes Gastspiel: Signor Leone Fumagalli.